

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste für 1903 unter Nr. 8208. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Annonzelle ober deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 5. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

„Ja, wenn wir die hätten!“

„Ja, wenn wir die hätten!“ schrieb einer Zeitungsmeldung zufolge Wilhelm II. an den Rand eines Vorschlagsberichts, in welchem von dem ehemaligen französischen Handelsminister Millerand die Rede war. Den haben wir nun allerdings nicht und müssen darum auf das interessante Experiment verzichten, wie sich der französische Republikaner und Socialist als deutscher Unterthan zu dem kaiserlichen Redner von Dornhausen und Essen verhalten würde. Dafür ist uns dieser Tage aus Frankreich ein Buch gekommen, das von Millerands Sekretär und hüllem Ministergehilfen, dem jetzigen Genfer Univeritätsprofessor Edgar Milhaud verfaßt ist und sich mit deutschen Verhältnissen beschäftigt. Allerdings handelt es nicht von der Hohenzollernmonarchie, sondern von der deutschen Socialdemokratie.

Das umfangreiche Werk, die Frucht langjähriger, mit Studienreisen verbundener Arbeit, soll im „Vorwärts“ später eine ausführliche Würdigung erfahren. Heute wollen wir uns darauf beschränken, einige wichtige Stellen aus der zusammenfassenden Betrachtung wiederzugeben, mit der Milhaud seine Darstellungen abschließt. Da liest man:

„Von den Strömungen innerhalb der socialistischen Gesamtbewegung können wir uns jetzt eine genaue Vorstellung machen: sie hält sich zwischen den äußersten Extremen des rein reformerischen wie des revolutionären Gedankens. Sie hält zähe an ihren endgültigen letzten Zielen fest und ist ebenso fest entschlossen, alle möglichen Reformen so rasch wie möglich ins Werk zu setzen. . . . Wenn wir in die Zukunft der deutschen Socialdemokratie einen Blick thun wollen, so müssen wir ebenso mit der vollendeten Anpassungsfähigkeit rechnen, die sie entwickelt hat, wie mit der Unerbittlichkeit, mit der sie an ihren Idealen hängt. Unter welchen Umständen immer sie zur Herrschaft gelangt — ob sie plötzlich aus der Opposition zur Macht emporsiegt, oder ob sie, was wahrscheinlicher ist, eine Periode zurückzulegen hat, in der sie einen Teil einer parlamentarischen Mehrheit bildet und mit andren Elementen mittelbar oder unmittelbar die Verantwortlichkeit der Regierung teilt — auf jeden Fall ist die Ueberzeugung gerechtfertigt, daß sie sich jeder Aufgabe, daß sie sich ihrer ganzen Aufgabe gewachsen zeigen wird.“

„Alles berechtigt uns zu dieser Annahme, wenn wir ihre Wegsicherheit, ihre verschiedenen Strömungen, die Geschmeidigkeit ihrer Taktik und die Gewalt ihres revolutionären Temperaments uns vor Augen halten — vor allem aber, wenn wir an ihre Organisation denken. Es giebt in Deutschland — diese wichtige Thatsache darf man keinen Augenblick vergessen — nur eine einzige socialistische Partei. Da giebt es keine Sonderbünde, keine rivalisierenden Organisationen — nur eine einzige große und mächtige Organisation. In ihr steht die socialistische Masse wie ein Mann der übrigen Welt gegenüber, als ein einziger geschlossener Wille, als eine wahre moralische Einheit und — dank den lebhaften ununterbrochenen Beziehungen zwischen den tausend verschiedenen kämpfenden Gruppen — als eine wahre physische Einheit. Die Socialdemokratie ist mehr als eine Masse Menschen, die alle für ein und dieselbe Sache fechten: sie ist das Proletariat, welches das Wort zur Wahrheit macht: Einer für alle, alle für einen! Sie umfaßt das socialistische Proletariat in allen seinen Lebensäußerungen bei Spiel und Fest und Kampf und Arbeit. Hinter jedem ihrer gewählten Vertreter steht die ganze Socialdemokratie, und hinter jeder seiner persönlichen Aktionen sieht ihre gewaltige, unermüdlige Gesamttätigkeit und ihre hohe Idee. So wird die Gefahr gänzlich vermieden, daß ihre Vertreter gleichzeitig mit ihrer Taktik auch ihre Principien den besonderen Umständen anpassen könnten. Sie erhalten von ihr zu gleicher Zeit die nötige Kraft zur Durchführung ihrer einzelnen Aktionen, wie den nötigen Anstoß, um immer weiter vorwärts zu schreiten.“

„Die sittliche Klammer, die diese glänzende Organisation der deutschen Socialistenpartei zusammenhält, ist die Disziplin, die in ihr herrscht: eine Disziplin, die durch und durch demokratisch ist und einfach darin besteht, daß die Minderheit die Beschlüsse der Mehrheit zur Richtschnur ihres Verhaltens annimmt. Bei Wahlen findet man im selben Kreise nie mehr als einen socialistischen Kandidaten — von dieser Regel hat es in den letzten sieben Jahren nur zwei Ausnahmen gegeben, die Ausschließungen aus der Partei zur Folge hatten. . . . Ebenso trifft über alle Fragen der Taktik der Parteitag seine Entscheidungen und die Minderheiten beugen sich ihnen.“

„So kommt es, daß der gemeinsame Wille aller, trotz der mitunter tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die Einigkeit der Partei erhält. Dieser Einigkeit verdankt die deutsche Socialdemokratie einen großen Teil ihrer Macht, ihr verdankt sie aber auch die Freiheit, in der sich die verschiedenen Gedankrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung betätigen können. Wenn es in einem Lande verschiedene socialistische Fraktionen giebt, gelangt jede dazu, die oder jene Richtung ausschließlich zu verkörpern: die reformerische, die revolutionäre, die gewerkschaftliche usw. — und gegen die andern keinen Raum. Umgekehrt ist in einer geeinigten Partei Platz für alle. So kommt es, daß in der deutschen socialistischen Bewegung, die ursprünglich einen ausschließlich politischen Charakter trug und diesen lange Zeit hindurch bewahrte, eine gewerkschaftliche und später eine genossenschaftliche Strömung aufstaut; und heute legt die große Mehrzahl der Genossen auf die gewerkschaftliche wie auf die genossenschaftliche Bewegung großen Wert. . . .“

„In seinen genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, in allen gewählten Körperschaften, zu denen es sich Eingang verschafft hat, betätigt das socialistische Proletariat einen bemerkenswerten Grad von praktischem Sinn, Gewissenhaftigkeit, Entschlossenheit, Konsequenz, Sorgfalt und wissenschaftlichem Ernst. Dafür bürgt schon sein brennender Wahrheitsdurst, seine Abscheu vor Uebertreibung und Demagogie und die leidenschaftliche Verehrung der Wissenschaft, die sich in allem zeigt, was von ihm ausgeht. Der kleinste Bericht der kleinsten Gewerkschaft oder der kleinsten Genossenschaft ist ein Dokument von absolutem Werte. Die Aufsätze der politischen und gewerkschaftlichen Presse sind voll von Thatsachenmaterial, Biffen und statistischen Nachweisen, ohne daß die Redaktionen schätzen müssen, ihr witzbegieriges Publikum damit zu langweilen. Und schließlich erinnere man sich doch, zu welcher wissenschaftlichen Höhe sich die Debatten der Parteitage erheben — man denke beispielsweise an Jenen von Stuttgart, auf dem über die Fragen der Handelspolitik beraten wurde!“

„In den politischen Vereinen, den Gewerkschaften und Bildungsbereinen finden wir aber noch mehr als bloßen wissenschaftlichen Eifer — die Pflege aller Zweige des menschlichen Geisteslebens: Gesinnung an philosophischen Themen, Interesse an Fragen der Kunst wie der Litteratur. . . .“

„Gewisse Gegner des Socialismus thun so, als ob sie in ihm den Abgrund sehen wollten, der die höchsten Güter der Kultur zu verschlingen drohte: die Wissenschaft, die Kunst, den geistigen Fortschritt. Sie haben die Socialisten „die inneren Feinde“ genannt. Man denke doch an die gewaltigen Anstrengungen, denen sich das deutsche Proletariat — ganz auf die eigene Kraft angewiesen — unterzogen hat, um an der Wahrheit und Schönheit der Welt seinen Anteil zu erlangen. In allen ihren Zweigen, all ihren Erscheinungsformen ist die Sache der Kultur die seine.“

So der Sekretär des Mannes, dem das Unglück widerfuhr, vom Grafen Sklow ein bedeutender Staatsmann genannt zu werden. Daß wir nicht mit jedem seiner Worte einverstanden sind, daß die Mehrheit der deutschen Genossen über wichtige Fragen anderer Meinung ist als er, braucht nicht erst gesagt zu werden. In solchen Diskussionen wird sich später Zeit und Gelegenheit finden.

Für diesmal genügt es uns, aermals durch Citierung einer fremdsprachigen Stimme an einem Beispiel gezeigt zu haben, wie man im Auslande über uns denkt. Zu den jüngst wiedergegebenen Ausführungen der „Encyclopaedia Britannica“ und englischer Revuen bietet das neue französische Buch ein passendes Gegenstück. Edgar Milhaud ist des Lobes und der Bewunderung für die deutschen Socialdemokraten voll; und zwischen allen Zeilen seines Buches kann man den Wunsch lesen: Ja, wenn wir die hätten!

In der Wahlagitiation suchen unsere Gegner untüffenden Elementen der Bevölkerung einzureden, daß die vaterlandlose Socialdemokratie ein Schandfleck des Deutschen Reiches vor dem Auslande sei. In Wahrheit aber erfüllen die vaterlandlosen Gesellen dem Auslande gegenüber einen hohen patriotischen Zweck. Deutschland würde in den politisch vorgeschrittenen Ländern des Westens als ein Barbarenstaat verachtet sein, wenn nicht die deutsche Socialdemokratie in ihm das politische Kulturelement unserer Zeit repräsentierte. Mag darum das socialistische Proletariat Deutschlands am Wahltage in einem höheren und edleren Sinne als dem herkömmlichen des Nabaupatriotismus des deutschen Volkes Ehre wahren und alle Hoffnungen erfüllen, die ihm an diesem Tage aus allen proletarischen Herzen der Welt entgegenschlagen.

Wahlkampf.

Die „Vorwärts“-Druckerei als Wahlhelfer.

Hast die gesamte bürgerliche Presse hat die Angriffe gegen die „Vorwärts“-Druckerei abgedruckt. Aber nur die „Vossische Zeitung“ hat unserer Entgegnung Raum gegeben. Einige Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“ und der „Reichsbote“, haben sogar noch nach unsren ziffermäßigen Feststellungen den Schwindel weiter verbreitet. Ein Zerbergerer Rudolf Woffeisen hat sich sogar von einem „Augustinal“ schreiben lassen, die Sache für unsre Mitteilungen über die Korrektoren-Ausbeutung im Betriebe dieses Großhospitals; die Wiedergabe unsrer Entgegnung wurde der arme Sklave natürlich nicht weagen. Für die moralischen Zustände unsrer bürgerlichen Presse, die selbst den anständigsten Charakter zum Lumpen machen muß, ist dieser Fall in der That wieder außerordentlich charakteristisch.

Zwei Blätter erwähnen dann noch unsre Entgegnung: Die „Freisinnige Zeitung“ stellt sich mit dem üblichen „Auszug“ ein, der die Hauptsache unterschlägt — die Lohnrückerei — verumfänglich um nicht „ihre“ Arbeiter zur Unzufriedenheit anzufachen. Die „Germania“ aber widmet dem Fall den ebenso bekannten endlosen Leitartikel, der wieder nur beweist, daß es eine Fabel ist, wenn man in der jesuitischen Erziehung eine Schärfung der Intelligenz wähnt, die wenigstens in etwas die moralische Verkrüppelung aufwiegen würde.

Die „Germania“ kann natürlich nicht glauben, daß eine Zeitung die Wahrheit schreibt; in ihrer Praxis ist ihr das noch nicht vorgekommen. Darum bezweifelt sie unsre Erklärung, daß in der „Vorwärts“-Druckerei niemand nach seinem politischen Glaubensbekenntnis gedruckt werde; nur die gewerkschaftliche Organisation ist Bedingung. Die „Germania“ glaubt das nicht. Gewerkschaftliche Arbeiter pflegen allerdings niemandem zu glauben. Freilich die „Germania“ übertrifft die „Vorwärts“-Druckerei noch an Toleranz: Sie fragt nicht einmal nach der gewerkschaftlichen Organisation. Das glauben wir sehr gern, daß sie es nicht zur Bedingung macht, daß ihre Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Diese „Toleranz“ teilt sie mit allen Unternehmern.

Weiter wird gelogen, daß die „Vorwärts“-Druckerei von ihren Arbeitern „unbezahlte Agitationsarbeit“, „Partei-Agitation“ außer-

halb der Geschäftsräume verlangt“. Frecher Schwindel, aus den frommen Fingern gelogen.

Wir hatten von der „Germania“ die zahlenmäßige Klarlegung ihres Betriebes verlangt. Das thut das geistliche Organ nicht, wie es nicht einmal wagt, unsre Mitteilungen vollinhaltlich wiederzugeben. Dem „Germania“-Betrieb wird nur nachgerühmt, daß er keine Nachtarbeit hat. Natürlich herrscht auch in der „Vorwärts“-Druckerei — mit Ausnahme des Zeitungsbetriebes — keine Nachtarbeit. Wenn aber die „Morgen“-Ausgabe der „Germania“ bereits um 9 Uhr abends fertiggestellt ist, so erklärt das nur die journalistische Kämmerei des Blattes; in der gut geleiteten katholischen „Münchener Volkszeitung“ ist sehr ausgiebige Nachtarbeit notwendig. Weiter brüht sich die „Germania“, daß auch bei ihr seit Jahren 8 Tage Ferien gewährt würden. Für alle Angestellten des Betriebes ohne jede Ausnahme? Von der Einführung des Achttundentages erzählt die „Germania“ nichts; sollte sie diese wichtige Thatsache verbergen haben? Besonders schlau aber ist die von ihr aufgestellte „Lohnliste“. Sie giebt ein paar Lohnziffern für erste, leitende Arbeiter an, die höher sind als bei uns. Das glauben wir herzlich gern. Die „Germania“ ist ein altes Geschäft, die „Vorwärts“-Druckerei befindet sich im ersten Jahrgang. Da ist es selbstverständlich, daß einzelne ältere bedourigte Arbeiter größere Summen verdienen. Das beweist aber gar nichts für die Verhältnisse in der „Germania“. Das Blatt folge nur unsrem Beispiel und veröffentliche die Löhne aller Angestellten. Erst dann wird man prüfen können, ob der katholische Mutterbetrieb heranzieht an die Druckerei „Vorwärts“, aus deren Gedeihen übrigens kein Unternehmer irgend einen persönlichen Vorteil zieht, sondern die Eigentum der Berliner Arbeiterschaft ist. Bis die „Germania“ diese Gegen-Auffstellung nicht bringt, macht sie sich mit ihren Anklagen nur lächerlich. Es sollte ihr wahrlich näher liegen, sich mit der schamlosen Ausbeutung in katholischen Klöstern zu beschäftigen, über die Rebel in seiner Rede über „Socialdemokratie und Centrum“ (Verlag des „Vorwärts“) entsehrliche Einzelheiten vorgebracht hat.

Freisinnige Stichwahlparole.

Ein Flugblatt, das im Kreise Bauer für den bisherigen Abgeordneten Dr. Otto Herms verbreitet wird, sagt: „Die Freisinnige Volkspartei macht es sich im bevorstehenden Wahlkampf ganz besonders zur Aufgabe, das Volk über die Ziele der Socialdemokratie aufzuklären. Dennoch ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß der freisinnige Kandidat diesmal aus der Stichwahl gedrängt wird und der Socialdemokrat mit den Konservativen in die Stichwahl gerät, wodurch allerdings nach den bisherigen Erfahrungen auch in unserm ländlichen Wahlkreise nicht der Socialdemokrat, sondern der agrarische Kandidat zum Siege gelangen würde.“

In den beiden letzten Wahlen wurde stets der Freisinnige in der Stichwahl mit Hilfe der Socialdemokraten gewählt. Wenn jetzt der von den Freisinnigen befürchtete, sehr wahrscheinliche Fall eintritt, daß die Freisinnigen vor die Frage gestellt werden, in der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Socialdemokraten zu wählen, so müßte man meinen, daß ein wirklich freisinniger keinen Augenblick schwanken könnte, den Socialdemokraten zu wählen. Nun glauben wir allerdings gern, daß der Wahlausgang des Dr. Herms die Masse der freisinnigen Wähler des Kreises richtig einschätzt; aber schließlich ist es ja auch kein Wunder, daß es so kommt; thun doch die meisten freisinnigen Führer und Blätter ihre Bestes zur politischen Vertretung ihrer Wähler durch ihren blödsinnigen Kampf gegen die Socialdemokratie. Diesem doch die Freisinnigen der gesamten Reaktion die Waffen gegen uns durch eine ununterbrochene Kette der schändlichsten Lügen und Verdrehungen. Und nicht allein dies. Ist es nicht geradezu eine Selbstverhöhnung, wenn freisinnige Politiker, wie es in dem fraglichen Flugblatte auch geschieht, uns unsre republikanische Gesinnung zum Vorwurfe machen? Eine solche Politik muß ja die Früchte zeitigen, die wir am allermeisten bedauern.

Aber wenn dem schon so ist, dann sollte man doch wenigstens erwarten, daß die Führer der Freisinnigen, falls sie wirklich in der Stichwahl zwischen uns und den Konservativen zu entscheiden haben, alles thun, um ihren Wählern klar zu machen, daß es im Interesse der ihnen angeblich so am Herzen liegenden politischen Freiheiten unbedingt nötig ist, für den Socialdemokraten gegen den Konservativen zu stimmen. Es giebt nichts Dämmeres, wie von vornherein der lägliche Jammer, daß die freisinnigen Wähler nicht für den Socialdemokraten stimmen werden. Das ist so dumme, daß wir den Freisinnigen zutrauen, sie sprechen damit nicht eine Klage, sondern einen Wunsch aus; es ist ihre Parole, in der Stichwahl lieber den konservativen Agrarier, wie den republikanischen Socialdemokraten zu wählen.

Wegen Verbreitung von Wahlflugblättern bestraft.

Der Parteigenosse Griesbach hat Sonntags im Kreise Randow-Greifenhagen Wahlflugblätter zur Nachwahl verbreitet. Das Landgericht Stettin verurteilte ihn wegen Verletzung der Verordnungsverordnung zu einer Geldstrafe und begründete das folgendermaßen:

Es sei ja nicht widerlegt, daß Angeklagter die Verteilung der Flugblätter, von denen er 76 über dem Arm trug, nicht in den Häusern vorgenommen habe. Andererseits hätten jedoch mehrere Zeugen von der Strafe aus gesehen, wie der Angeklagte, in der Doffnung der Ladentüre stehend, einem Mädchen im Fleischerladen ein Flugblatt gab. Da er schon das halbe Dorf mit Flugblättern verjort gehabt habe, was mit einer gewissen Anstrengung verbunden gewesen sei, und da er ferner nicht zum Vergnügen jene Thätigkeit anstellte, so sei der Begriff der öffentlichen bemerkbaren Arbeit erfüllt. Auch wäre anzunehmen, daß diese geeignet gewesen sei, das religiöse Gefühl andrer zu verletzen. Damit ergebe sich die Anwendbarkeit der Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage. — G. legte Revision ein und bestritt, daß es sich überhaupt um eine Arbeit handle.

Das Kammergericht verwarf die Revision mit der Begründung, daß das Rechtsmittel an der ershöpfenden thätiglichen Feststellung des Landgerichts scheitert, auf die die Verordnung ohne Rechtsirrtum angewandt worden sei. — Der Thatsache, daß es sich um Wahl-

*) Edgar Milhaud: „La Démocratie socialiste allemande“. Paris. Félix Alcau, éditeur. 1903.

Flugblätter handelte, wurde mit Bezug auf die Anwendbarkeit der Verordnungsverordnung keinerlei Gewicht beigemessen.

Wenn die Revision behauptet, daß das Flugblattverleihen keine Arbeit gewesen sei, so hat das mit den tatsächlichen Feststellungen nichts mehr zu tun; es handelt sich um den Begriff Arbeit und darum, ob das religiöse Gefühl anderer durch das Flugblattverleihen verletzt worden sei. Es sei darauf hingewiesen, daß das Landgericht Lissa dieselben Thatsachen ganz entgegengegesetzt gewürdigt hat.

Wir hoffen, daß die Wahlprüfungs-Kommission einmal Gelegenheit bekommt zu prüfen, ob durch solche Rechtsauslegungen der § 43 der Gewerbe-Ordnung thatsächlich beseitigt werden darf. Auch durch das Schöffengericht in G. z. h. r. in Schwarzburg-Sondershausen wurden zwei Parteigenossen zu Geldstrafe verurteilt wegen Verbreitung von Wahlflugblättern am Sonntag. Das Gericht stützt sich auf eine Verordnung vom 25. Dezember 1900, wonach das Verteilen politischer Schriften an Sonntagen überhaupt verboten sei. Der Fall liegt noch schlimmer, weil hier durch Landesgesetz ein ganz allgemeines Verbot des Ausstragens von Flugblättern gegeben ist, während das Reichsgesetz es ausdrücklich von jeder Geltung unabhängig macht.

In den Kirchen verteilt das Centrum auch hier in Berlin seine Lügenflugblätter. So wurden am 2. Feiertage in der katholischen Ludwigskirche in Bismarcksdorf eine Aufforderung zur Wahl des Centrumskandidaten Stephan und ein Zitat der M. Glabacher Lügenfabrik verteilt. Die Verteilung geschah durch Schulkinder. Dieser Tage beschwerte sich die „Germania“ erst darüber, daß in Westfalen von nationalliberaler Seite Schulkinder in die Wahl-agitation gezogen würden. Wir wollen sehen, ob die „Germania“ die Verwendung von Schulkindern zu katholischer Wahl-agitation auch als Mißbrauch bezeichnen wird.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine hat hier getagt und folgende Erklärung zu den Reichstagswahlen beschlossen:

„Angesichts der bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen erwartet der Ausschuss auf das Bestimmteste, daß seine Mitglieder nur für diejenigen Kandidaten eintreten, welche 1. auf dem Boden des Evangeliums feststehen, 2. treu zu Kaiser und Reich halten, und 3. gewillt sind, an der Fortsetzung der sozialen Reform mitzuwirken.“

Das können am Ende sogar die Konservativen auf sich beziehen.

Stöder. Die der „Kölnischen Zeitung“ mitgeteilt wird, unternimmt Herr Stöder eine Wahlreise durch den Kreis Siegen-Wittgenstein, auf der ihm auch die Kanzeln geöffnet werden. Nachdem sich aber unter den protestantischen Würgern im ganzen Wahlbezirk ein großer Unwille über dieses Vorgehen erhoben hatte, beschloß das Presbyterium der genannten Gemeinde, Herrn Stöder bis zum Wahltage die Kanzel zu verweigern. Stöder glaubt nun, daß die Leute im Kreise Wiedenlopf weniger energisch sind und hat durch den Herrn Pfarrer Dohly in Weidenbach, Kreis Wiedenlopf, am ersten Pfingsttag von der Kanzel verländen lassen, daß er am 7. Juni dort predigen würde.

Dr. Fejer, der Sekretär der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Siegen, erläßt eine öffentliche Erklärung über Stöders Schwelung in der Jesuitenfuge: „Der Unterzeichnete teilte in einem Flugblatt mit: „Stöder hat noch 1898 die Verpflichtung übernommen, gegen die Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen. Dieses Wort hat Stöder gebrochen. Die unten bezeugt ist, hat Stöder thatsächlich 1898 ohne jede Einschränkung erklärt, er sei gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes, also auch gegen eine teilweise Aufhebung dieses Gesetzes. Trotzdem hat Stöder die Mitteilung des Unterzeichneten als eine „Lüge“ bezeichnet. Wegen dieser Beleidigung wird sich Stöder vor Gericht zu verantworten haben, sofern er nicht unerbittlich in befriedigender Weise öffentlich Abbitte leistet. Dr. Fejer.“ Eine Reihe angegebener Wähler bekundete mit Unterschrift: „Im Jahre 1898 erklärte Herr Hofprediger a. D. Stöder in einer Wahlversammlung zu Wäfen (Gasthof zum Stahlberg) auf Verlangen, wie er sich zur Aufhebung des Jesuitengesetzes stelle: „Ich bin dagegen!“ was die Unterzeichneten hierdurch öffentlich bezeugen.“

Das Ende des Volktribunen.

Eine geschlossene Droschke, zwei Gendarmen rechts und links — so möchte Herr Eugen Richter am liebsten seinen Wahlkreis bereisen, ganz wie es gewisse Landesväter zu gewissen Zeiten zu thun pflegen. Er wird nun endlich im Kreise Hagen seine Kandidaturen halten, und dazu ladet er alle Wähler ein, „die sich für die Wiederwahl des Abg. Richter interessieren“.

Es giebt also keinen Widerspruch und keine Diskussion in Richters Wahlversammlungen, denn wer ihm widerspricht, beweist mangelndes Interesse für seine Wiederwahl und ist für den Hausknecht reif. Munt halten und Abstimmen — das ist alles, was Herr Richter von seinen Leuten verlangt.

Selbst das Leitblatt des so tief Gesunkenen, die „Hagener Zeitung“, kann sich einer gewissen elegischen Stimmung nicht erwehren, wenn sie schreibt:

Es ist das erste Mal in der langen Reihe von Jahren, die Herr Richter unsern Wahlkreis im Parlamente vertritt, daß diese Form der Einladung gewählt wird, im Gegensatz zu dem bisher geübten Brauch, allen Wählern ohne Unterschied der Parteirichtung den Zutritt zu gestatten. Die freisinnige Parteileitung des Wahlkreises ist gezwungen, von diesem Brauch abzuweichen, weil das Verhalten der Socialdemokraten in benachbarten und vielen andern Wahlkreisen sowie der gehässige Ton des „Vorwärts“ und anderer socialdemokratischer Blätter gegenüber dem Führer der freisinnigen Volkspartei auch im Wahlkreise Hagen-Schwelm Störungen freisinniger Versammlungen durch Anhänger jener Partei nicht nur befürchten, sondern ziemlich sicher erwarten lassen. Was hilft all das Gerede! Die Socialdemokratie als einzige demokratische Partei, die einzige Partei, die zugleich mit gutem Gewissen vor die Wähler tritt, verlangt nach freier Aussprache mit ihren Gegnern. Wenn dabei einmal ein Wort fällt, wie man es im Vouloir der Frau Richter nicht gerne hören möchte, so ist das wahrhaftig noch lange kein Unglück. Herr Richter fürchtet sich auch nicht vor den Scheltworten der socialdemokratischen Wähler, sondern vor ihren Argumenten. Seine Wahlreise ist eine atemlose und nutzlose Fahrt vor der Wahrheit, die doch schneller als der Föhn fährt und auch durch die Rügen der wohlverwahrten Säle dringt, in denen Herr Richter mit den „Interessenten“ über seine Wiederwahl verhandelt.

Wenn Herr Richter aus diesen heimlichbündlerischen Konditionen mit Centrumshilfe wirklich noch einmal sein Mandat retten sollte, dann darf er getrost nach Berlin telegraphieren: Alles gerettet, nur die Ehre nicht! —

Erpresser.

Im Emaillierwerk des Eisenhüttenwerkes Thale werden, wie unser Magdeburgerisches Parteiblatt berichtet, mit der Unterchrist des Betriebschefs, Herrn Köhler, einige der beliebtesten Arbeiter und sogar ein Meister bei den Arbeitern herangeführt mit den Äußerungen, wonach die Arbeiter erstens ihren Beitritt in den nationalliberalen Wahlverein erklären, zweitens Geld zur Unterstützung dieser arbeiterverräterischen Partei im Wahlkampf zahlen müssen. Es erklärten auch thatsächlich ihren Beitritt und zeigten Beträge: neun Auftrager und Vorarbeiter (beschränkt bei Meister Unger); 29 Ofenarbeiter von Schicht I (Meister Wöhlstedt); 80 Ofenarbeiter von Schicht II (Meister Grägemann).

Im Gussmaillierwerk sollen die meisten unterzeichnet haben, da hier der Meister Werner selbst eingefammet hat. Es würden demnach ungefähr 150 gezeichnet haben.

Das ist eine ebenso schamlose Erpressung wie die gestern von uns aus dem Senftenberger Revier gemeldete. Die Arbeiter werden sich hoffentlich durch den erzwungenen Beitritt zum nationalliberalen Verein nicht abhalten lassen, nach ihrer Ueberzeugung zu wählen.

Rieser Methode in Jena. Zwischen den National-socialen und den Freisinnigen ist ein Streit ausgebrochen. Die ersteren verlangen, daß der Kandidat der legeren, Harmening, zu Gunsten ihres Kandidaten Damaskale zurücktrete. Nun veröffentlicht Herr Harmening im „Jenaeer Volksblatt“ eine Erklärung, in der er folgendes mit den National-socialen abrechnet:

Bei der Reichstagswahl 1898 erlitten Herr Pfarrer Raumann als Kandidat der National-socialen. Von freisinniger Seite wurde keine besondere Agitation entfaltet; es fielen nur über 800 Stimmen auf mich. Ich zweifle, daß die seit 1898 abgänglich gewordenen Stimmen dem National-socialen zugefallen sind. Vielmehr glaube ich aus der Statistik der Haupt- und Stichwahl den Schluß ziehen zu müssen, daß der größere Teil meiner Wähler — als ausgesprochene Freisinnige — schon im ersten Gange sich zu Gunsten des socialdemokratischen Kandidaten entschieden haben. Jedenfalls ergibt die Vergleichung der Stimmen von 1898 und 1898, daß bei der Stichwahl 1898 — durchaus entsprechend der ausdrücklichen Aufforderung — die freisinnigen Stimmen ausnahmslos gegen den nationalliberalen Mittelparteilandabgegeben sind. Die National-socialen nahmen bei der Stichwahl offiziell Stellung gegen den Socialdemokraten und förderten durch Aufruf und durch ihre Stimmabgabe wieder den Sieg des nationalliberal-konservativen Kompromißkandidaten. Diese Thatsache ist festzuhalten. Und seine Kandidatur hält Harmening mit dieser Begründung aufrecht:

Ich hat bei der Annahme der Kandidatur nicht der Ehrgeiz, Abgeordneter zu werden, geleitet, sondern lediglich die mit den Freisinnigen des hiesigen Wahlkreises gemeinsame Ueberzeugung von dem, was uns am ehesten not thut. Und not thut die Sammlung aller noch irgend liberal denkenden Wähler gegen alle Politiker, die die Socialdemokratie für eine nähere Gefahr halten als die Verbindung, die auf einem gegenseitigen Handel zwischen Nationalliberalen, Konservativen und dem Bunde der Landwirte beruht.

Es ist eine wahre Affenschaude, daß sich die „nationalen Socialisten“ um Raumann von einem „freisinnigen Manchestermann“ solche Dinge erzählen lassen müssen.

Nur kein Programm. Im 6. sächsischen Wahlkreise kandidiert belamüthlich, nachdem 9 Kandidaten zurückgetreten sind, als zehnter für die Kartellbrüder der Rechtsanwält Rohmann, der sich als strammen Antisemiten bezeichnet. Nachdem er in einer Versammlung in Tharandt sein „Programm“ entwickelt hatte, erklärte der Baron Millau, Mitglied des konservativen Wahlaußschusses, der Herr Kandidat sollte lieber nicht soviel „Programm“ entwickeln; über ein Programm wäre man bei der Aufstellung des Kandidaten nicht einig geworden. Das ist auch bei der Sachlage in diesem Kreise nicht nötig; dort wird kein antisemitischer Rohmann gewählt.

Eine Wahlversammlung im Donaudeck. Am ersten Pfingstfeiertag sollte in dem niederbairischen Dorfe Mählfham eine socialdemokratische Wählerversammlung abgehalten werden, und zu diesem Zwecke begaben sich einige Tage vorher unsere Genossen dorthin, um einen Saal zu mieten. Das gelang auch. Nachträglich bekam es aber der Wirt mit der Angst zu thun und teilte unsren Genossen mit, daß er sein Lokal nicht hergeben könne. Diese ließen sich aber nicht abhören und rühten am Pfingsttage an. Da der Gastwirt jedoch standhaft auf seiner Saalverweigerung beharrte, beschloß man, die Versammlung im freien Aulghalten. Da hatte man jedoch wieder die Rechnung ohne den Würgermeister gemacht, denn dieser verbot das Betreten des Gemeindegrundes. Ein junger Parteigenosse wühlte aber auch jetzt noch einen Ausweg; er zeigte auf das nahegelegene und etwas ausgetrodnete Bett der verbleibenden Donau, das Eigentum des Staates ist. Auf diesen Staatsgrund begab sich nun der Referent, Genosse K a i t z aus München und hielt von dort aus, ohne daß ihm die hohe Dorfbrigade daran hindern konnte, eine zweistündige Rede. Am Donau-Ufer aber hatte sich eine ungemein zahlreiche Zuhörermenge eingefunden, die Raths Rede mit lebhaftem Beifall aufnahm.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juni.

Demokratische Stichwahlakt.

Während die klare, grundsätzliche und feste Haltung der Socialdemokratie von den Volksparteilern als lediglich durch agitatorische Rücksichten diktiert verurteilt, handelt in Wirklichkeit umgekehrt allein die Socialdemokratie aus streng sachlichen Erwägungen, während die Volksparteier das allgemeine Volksinteresse gemeinsamem Wahlschacher opfern. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärte neulich das verächtliche Verhalten Eugen Richters und der Seinen durch „Stichwahlakt“. Das Wort klang sehr harmlos, bedeutete aber den schwersten Vorwurf, der gegen eine Partei überhaupt erhoben werden kann, die Anklage nämlich: daß sie um vom Feinde Wahlsimmen zu erlangen, unter Verrat des eignen Programms ins Lager des Feindes übergeht. Weil die Volkspartei das Centrum bei den Stichwahlen braucht, darum treibt sie selbst kerisale Jollpolitik, aber nicht einmal ehrlich und offen, sondern indem sie, unter Veteuerung der „unentwegten“ Jollgegnerschaft, den wirklichen Handelsvertragsfreunden täuschlich in den Rücken fällt.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat Eugen Richter das Brandmal der infamsten „Stichwahlakt“ auf die Stirn gedrückt. Nachdem sie das aber gethan, thut sie desgleichen und folgt dem Beispiel Eugen Richters. Die von uns bereits gekennzeichneten weisen Rathschläge, wie die Socialdemokratie sich zu den Handelsverträgen verhalten müsse, scheinen unendlich blödsinnige Diplomatie — und indes wohl auch zu gutem Teil. Ihr tieferer Grund steckt aber in derselben Stichwahlakt, die Eugen Richters Verrat diktiert hat. Auch die sächsischen Volksparteier müssen sich dem Jollwucher der mittleren Linie geneigt erklären, um die Stichwahlhilfe des Jollwucherpartells nicht zu veräussern.

Ein Blick auf die Wahlstatistik von 1898 beweist dies. 1. Der Demokrat August (Craißheim-Mergentheim) erhielt in der Hauptwahl 5918, der Landwirtebündler 5250 Stimmen. Außerdem wurden 3968 Kerisale und 339 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Das Centrum gab den Ausschlag zu Gunsten der Volkspartei, die mit 7923 gegen 6363 händlerische in der Stichwahl siegte. Ergebnis: Wenn die Demokratie nicht ihre Jollfeindschaft aufgibt und dem Kerisalen Jollwucher der „mittleren Linie“ huldigt, so würde der Wahlkreis an den Bund der Landwirte verloren gehen.

2. In Ansbach-Schwabach erhielt der Demokrat 3010 Stimmen gegen 4025 konservative, 2903 nationalliberale und 2436 socialdemokratische Stimmen. Stichwahl: 7417 gegen 5353 Stimmen. Sollte diesmal nicht gleich der Socialdemokrat in die Stichwahl gelangen, so könnte der Demokrat nur mit Hilfe der nationalliberalen und socialdemokratischen Stimmen siegen. Um der Nationalliberalen willen wird zu Kardorff geschworen; die Socialdemokraten, so glauben sie, werden ohne weiteres „ihre Schuldigkeit“ thun. Daher die Hut über die Erinnerung des „Vorwärts“, daß die Socialdemokratie durch die Münchener Stichwahl-Beschlüsse gebunden sei und keine Neigung haben dürfte, die jollverräterischen Hilfstruppen Kardorff zu unterstützen.

3. Der Volksparteier Hachle siegte in der Stichwahl durch socialdemokratische und Kerisale Hilfe mit 10468 Stimmen über den nationalliberalen Gegner, der nur 8969 Stimmen erhielt. In der Hauptwahl waren die Zahlen: Nationalliberale 8021, Centrum 2430, Socialdemokratie 3640. Wird das Centrum nicht durch demokratische Jollwucher-Konzessionen gefördert, so stimmt es für den Nationalliberalen. Auf die Socialdemokratie braucht man keine Rücksicht zu nehmen, die stimmen, so rechnen die Volksparteier, doch für uns. Daher wiederum: Jollverrat, um die Kerisalen Stimmen zu ge-

winnen und weise Ermahnungen an die Socialdemokratie, daran doch keinen Anstoß zu nehmen.

4. In Balingen-Rottweil erhielten: Centrum 5927, Volkspartei 6238, Nationalliberale 4219, Socialdemokraten 4040. In der Stichwahl siegte Konrad Hausmann mit 12915 gegen 7694 Kerisale Stimmen. Rottweil: nationalliberale und socialdemokratische Wahlhilfe. Damit die Nationalliberalen nicht zum Centrum abzuweichen, wird ihnen der Jollwucher der mittleren Linie hingeworfen. Die Socialdemokraten sind geduldig!

5. In Böblingen braucht die Volkspartei die Socialdemokratie, um gegen die Konservativen aufzukommen. Hauptwahl: 6115 konservativ, 6552 volksparteiliche Stimmen, außerdem 2528 socialdemokratische und 151 Kerisale Stimmen. Stichwahl: Demokrat 9460, konservativer 6799. Also, liebe Socialdemokratie, sei so gut, befehle dich selbst zu unfrem „taktischen Jollwucher“, damit du an ihm nicht Anstoß nimmst und uns im Stiche lässest.

6. In Badnang-Hall hängt der Sieg der Demokraten auch von der Socialdemokratie ab. Aber der Erfolg steht hier so auf des Messers Schneide, daß selbst die Centrumsstimmen, deren es 1898 nur 398 gab, nicht entbehrt werden können, wenn der Bund der Landwirte nicht siegen soll. Hauptwahl: Volkspartei 5615, Bund 6745, Socialdemokratie 1929, Centrum 398 Stimmen. Stichwahl: Volkspartei 9227, Bund der Landwirte 8754.

7. Auch der volksparteiliche Führer Payer würde in Neutlingen-Tübingen durchfallen, wenn nicht einerseits verhindert wird, daß das Centrum sich mit den Nationalliberalen vereinigt und wenn andererseits die Socialdemokratie ihre Hilfe versagt. Hauptwahl: Nationalliberal 4605, Volkspartei 6839, Centrum 2814, Socialdemokratie 2611. Stichwahl: Payer 9058, Nationalliberaler 4058.

Diese Zahlen entlarven die jämmerliche Stichwahltaktik der Demokratie unbarmherzig. Sie thut das, was sie der Socialdemokratie vorwirft, sie opfert dem Partei-Interesse gute Handelsverträge. Es ist ganz klar, die sächsischen Volkspartei würde kein einziges Mandat behaupten, wenn sie nicht einerseits durch ihre Einwilligung in die Jollerhöfungen Kerisale und nationalliberale Stimmen würde, andererseits die Socialdemokratie überredete, trotz der kleinen jollwucherischen Schönheitsfehler die bedrängten Sommermänner zu retten.

Natürlich ist aber die Demokratie, weil zu feig, unehrlich, um sich zu solchem brutalen Wahlschacher offen zu bekennen, und darum verhilft sie in blöder Nachahmung Richterscher Taktik ihre ordinäre Stichwahltaktik in diplomatische Rathschläge an die Socialdemokratie, die an sich nur lächerlich wären, die aber insofern gefährlich werden, als sie die Regierung dazu drängen müssen, im Vertrauen darauf, daß die freisinnigen Parteien jeden Handelsvertrag schluden werden, auf Handelsverträge im Kardorff-Stil hinzuwirken. Zu diesem Spiel leiht die Socialdemokratie nicht ihre Hand. —

Wie es gemacht wird.

Obgleich die schönen Steuer-Rechenexempel der konservativen Presse schon duzendmal als Fälschungen nachgewiesen sind, versucht sich diese immer wieder in derartigen Künsten, indem sie darauf rechnet, daß von den Nichtgestellten der Gegner doch nur äußerst selten etwas in die Kreise der konservativen Leserschaft dringt, besonders nicht in jene ländlichen und kleinbürgerlichen Kreise, für welche die schönen Exempel extra präpariert werden. Nur in einer Hinsicht sind die konservativen Jänger des alten Adam Riese etwas vorsichtiger geworden. Sie beziehen sich bei ihren Leistungen nicht mehr auf statistische Materialien, sondern stellen kurzweg ihre Behauptungen auf, ohne anzugeben, worauf sich diese stützen. Dadurch bleibt der Gegner im Dunkeln darüber, wie sie zu ihren Zahlen gekommen sind; es wird ihnen also die Nachprüfung erschwert.

Zu diesen Leistungen gehört eine zur Zeit durch die große und kleine konservative Presse laufende Notiz, die sogar von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt wird, obgleich sie an Einseitigkeit kaum überboten werden kann. Berechnet wird dort, daß sich die direkten Steuern in Deutschland nur auf 841 M. pro Kopf belaufen, die indirekten Steuern auf 13,23 M. Die schon ein flüchtiger Blick auf diese Zahlen lehrt, sind nur jene Steuererträge berücksichtigt, die in die Budgets der deutschen Einzelstaaten und des Reiches eingestellt sind, — alle andern Steuern, zum Beispiel alle Kommunal- und Kreissteuern zc. sind einfach berlassen. Aber selbst dann stimmt das Exempel nicht. Nach der Angabe des Regierungsrats Dr. Jahn (vergl. Vierteljahresschrift zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrg. 1902, Heft II, S. 290) betragen beispielsweise in 1900 allein die indirekten Reichsteuern 18,79 M. pro Kopf, zu denen an indirekten Steuern der Einzelstaaten insgesamt noch 100,86 Millionen Mark oder 2,85 M. pro Kopf hinzukommen, so daß sich der Gesamtbetrag an indirekten Steuern, der auf den Kopf der deutschen Bevölkerung entfällt, auf 21,64 M. stellt, nicht, wie die „Konservative Korrespondenz“, von der die Berechnung ausgeht, selbst, auf 13,23 M.

Ebenso unrichtig ist die Behauptung, die Getränkesteuer (Wein, Bier, Schnaps) betrage in Deutschland pro Kopf nur 4,71 M. Wenn der Rechenkünstler der „Konservativen Korrespondenz“, bevor er seinem Falschrechnungstalent die Fägel schießen ließ, einen Blick in das „Statistische Jahrbuch“ (Jahrg. 1902, S. 202/3) geworfen hätte, würde er gefunden haben, daß die Biersteuer im Jahre 1900 einen Ertrag von 1,73 M. pro Kopf der deutschen Bevölkerung erbrachte hat, die Weinsteuer 2,95 M., zusammen demnach 4,68 M. Wo aber bleiben die Erträge aus den Weingärten? Die hat der famose Adam Riese der „Konservativen Korrespondenz“ wieder mal vergessen.

Paffieren dem Herrn schon bei der Berechnung der deutschen Steuern derartige kleine niedliche Rechenfehler, so natürlich noch mehr bei den fremden Steuern. Wie er es angefangen hat, zu seinen hohen Ziffern zu kommen, läßt sich allerdings in jedem einzelnen Fall nicht nachweisen, da er nirgends angiebt, welche Materialien er benutzt hat — zumeist scheinen seine Zahlen einfach erfunden zu sein. —

Trotzdem aber der Deutsche am wenigsten Steuern bezahlt, sind, wie die „Konservative Korrespondenz“ behauptet, die deutschen Ausgaben für Wissenschaft, Kunst, Unterricht weit höher als in allen andern Kulturländern; und sogar die Ernährung des deutschen Volkes ist eine bessere, denn es verzehret jährlich pro Kopf der Bevölkerung an Getreide und Fleisch in Kilogramm:

Deutschland	Frankreich	England	Italien	Oesterreich-Ungarn
252,8	273	218	187	216

Am besten nähert sich also nach der Rechnung der „Konservativen Korrespondenz“ der Franzose, am schlechtesten der Engländer, Italiener und Oesterreicher. Schon dieses Ergebnis wird manchen, für die Lebensverhältnisse der genannten Nationen aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, zu dem Schluß bringen, daß hier ein kurioser Rechenfehler vorliegen muß; und thatsächlich ist diese Zusammenstellung denn auch echt konservativer Humbug. Schon die Zusammenrechnung des Fleischkonsums mit dem Getreideverbrauch ist befremdend; hat aber ihren guten Grund — nämlich den, zu verdecken, daß der Fleischkonsum pro Kopf in England und Frankreich beträchtlich höher ist, als in Deutschland. Aber noch sorgfältiger hat sich der ehrsame Rechenkünstler die Vornahme allerlei kleiner „Korrekturen“ erlaubt. So hat er z. B. soweit sich erkennen läßt, bei Deutschland nicht nur den Verbrauch von Weizen, Spelz

und Roggen zur menschlichen Nahrung berücksichtigt, sondern auch von Gerste; bei England hingegen nur von Weizen. Die Tatsache, daß in England vielfach Hasepräparate genossen werden und besonders in Irland fast täglich auf den Tisch des kleinen Mannes die beliebte Hasegrübe kommt, wird einfach ignoriert.

Rebenbei bemerkt haben alle diese Durchschnittsberechnungen recht wenig Wert. Was nützt es dem Arbeiter, wenn er erfährt, daß von dem Gesamtverbrauch so und so viel Fleisch, Tabak, Wein etc. auf seine Person kommt, falls er nicht in der Lage ist, die betreffenden Mengen zu kaufen? Möglich, daß die konservativen Agitatoren annehmen, der Arbeiter müsse sich zufrieden fühlen, wenn er hört, daß auf ihn und seine Familie jährlich rechnerisch 200 Kilogramm Fleisch kommen, auch wenn er weiß, daß er tatsächlich nur 80 oder 100 Kilogramm zu kaufen und zu konsumieren vermag, weil sein Lohn nicht weiter reicht. Die Gefühle, die sich in ihm bei diesen schönen konservativen Durchschnittsberechnungen regen, sind andre, als die konservativen Herren annehmen, nämlich die des Jochen Brümmer in dem Reuterschen Gedicht „Rindfleisch um Plummern“:

Rindfleisch um Plummern ist ein schön Bericht,
Doch mine Herrn, i d' krigt man nicht! —

Deutsches Reich.

Ein ungeheuerlicher Prozeß

hat sich in Halle abgespielt, ein Prozeß, der in einer Sammlung juristischer Konstitutionsen einen hervorragenden Rang behaupten dürfte.

Wir haben gestern bereits berichtet, daß zwei sozialdemokratische Stadtverordnete in Halle wegen Verleumdung verurteilt wurden, weil sie behauptet hätten, daß ihnen von Polizisten Beschwerden zugegangen seien. Es wurden, wie schon berichtet, zu dieser Verhandlung sämtliche hiesigen Polizeibeamten geladen, damit sie unter ihrem Eide behaupten sollten, daß sie die beiden Stadtverordneten nicht informiert hätten.

Der uns zugegangene Bericht lautet:

Beide Angeklagte bestritten, sich der Verleumdung schuldig gemacht zu haben. Krüger stellt in Abrede, in den Stadtverordneten-Sitzungen gesagt zu haben, Polizeibeamte hätten sich direkt bei ihm beschwert. Er habe nur von seinen Informationen geredet. Emmer giebt ähnliche Erklärungen ab, bleibt aber dabei, Beamte hätten ihm Mitteilungen über Polizei-Angelegenheiten gemacht.

Der Gerichtsvorsitzende bemerkt, es sei nicht angängig, die Stadt Halle den ganzen Tag von der Polizei frei zu machen, und ordnet an, die Beamten in Trupps von 30 Mann als Zeugen bereit zu halten.

Die Zeugen wurden durchgängig nur danach gefragt, ob sie den Angeklagten mündlich oder schriftlich Beschwerden mitgeteilt hätten. Die unter dem Eide gegebenen Antworten lauteten gewöhnlich kurz „nein“ oder „niemals“. Nachdem etwa 150 Zeugen in dieser Weise vernommen waren, trat Sergeant Decker auf, der mit seiner Antwort eine Ausnahme machte und erklärte, dem Stadtverordneten Emmer auf Befragen einige Polizei-Angelegenheiten mitgeteilt, sich aber dabei nicht beschwert zu haben.

Dann wurde auf die weitere Zeugenvernehmung verzichtet. Der Staatsanwalt, erachtete die Angeklagten nach den Darlegungen aus den Stadtverordneten-Sitzungen der verleumderischen Verleumdung für überführt und beantragte gegen Krüger 8 und gegen Emmer 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, da die Angeklagten nur ihr Recht als Stadtverordnete ausgeübt hätten.

Das Urteil lautete gegen Krüger auf 1 Monat Gefängnis und gegen Emmer auf 300 M. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis.

Wir müssen einen ausführlicheren Bericht und namentlich die Urteilsbegründung abwarten, bis wir uns zu diesem Verfahren, das alles, was man von deutschen Gerichtshöfen bisher erlebt hat, überbietet, äußern können.

Nur zwei Ungeheuerlichkeiten erwähnen wir kurz:

Einem Stadtverordneten wird das Bewußtsein und die Absicht des Verleumdens unterstellt, wenn er von Beamten behauptet, daß sie ihn informiert hätten.

Ein preussisches Gericht läßt es zu, daß alle Mitglieder einer Beamtenklasse als Zeugen vernommen werden, um festzustellen, ob eins von ihnen einem sozialdemokratischen Stadtverordneten Mitteilungen gemacht hat. Damit werden die Beamten vor die Wahl gestellt, sofern sie wirklich solche Informationen erteilt haben, entweder einen Meineid zu leisten oder aber ihre Stellung einzubüßen. Das ist das mittelalterliche Inquisitionsverfahren, bei dem die Schuldigen gezwungen werden, sich selbst zu belasten! —

Wilhelm II. und das Gebiet der sozialen Politik. Auf eine Begrüßungsansprache, die Oberbürgermeister Adickes in Frankfurt a. M. an den deutschen Kaiser hielt, antwortete dieser u. a. zum Magistrat gehend, folgendes:

Die Ordensfeste, die Sie um die Schultern Ihres Oberbürgermeisters glänzen sehen, ist ein Beweis dafür, wie gerade auf einem meinem Herzen so nahelegenden und von mir so eifrig durchforschten Gebiet, dem der sozialen Politik, Frankfurt an der Spitze marschiert, und wie es mir am Herzen liegt, die Stadt und ihre Oberhaupt dadurch zu zieren und mein vollstes Einverständnis zu erklären mit den Wegen, die Sie hier eingeschlagen haben zum Segen für Ihre Bürger und zum Beispiel für das Vaterland. Es ist mir aber wohlbekannt, daß ansonsten noch ein Wunsch die Brust Frankfurts bewegt, den ich gern Folge geben werde. Es ist schon lange der Wunsch, daß die Zusammengehörigkeit der Stadt mit ihrer Garnison durch ein äußeres Band auch in der Heeresgeschichte sich kennzeichnen möge. Und diesem Wunsch der Frankfurter Patrioten entgegenkommend, habe ich befohlen, daß vom heutigen Tage an das 2. hessische Kavallerie-Regiment Nr. 63 „Frankfurt“ heißen soll.

Es ist sehr erfreulich, daß das Gebiet der sozialen Politik, das ein so eingehendes und gründliches Studium erfordert, von dem deutschen Kaiser so eifrig durchforscht worden ist. Leider aber scheint ihn seine Umgebung in seinem Bestreben nicht zu unterstützen, da sonst manche Mißverständnisse und Irrtümer vermieden worden wären.

Etwas überraschend und unermittelt erscheint in der Rede des Kaisers der Uebergang vom Gebiete der sozialen Politik zu den Wünschen der Patrioten und den Frankfurter Garnisonverhältnissen. —

Abstieg vor dem schlachten Manne. Zu den Vereinen, die am Donnerstag in Frankfurt um die güldene Kette Wilhelm II. mit in Konkurrenz traten, gehört auch der Sängerkorps des Turnvereins zu Hessenbach. An der Spitze dieses Vereins stehen drei nationalliberale Herren und so ist es denn nicht verwunderlich, wenn diese Vereinsmitglieder alles aufwandten, um ihrem Verein ein besonders prästentables Aussehen zu geben. Da nun in dem offiziellen Festbuch auch der Verzug der Sänger angegeben werden mußte, so gemierte es die Herren gewaltig, daß eine Reihe tüchtiger Sänger nur ganz gewöhnliche Portefeuilles, Metallarbeiter, Buchbinder etc. waren, und sie ließen daher diese Sangesbücher einfach samt und sonders zu Technikern und Kunstleuten avancieren.

Der schlichte Mann ist nicht salonfähig. —

Wenn der Kaiser reist. Gelegentlich der Kaiserfeste in Wiesbaden sind nach einer uns von dort zugehenden Mitteilung die weitestgehenden Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Kontrolle der daselbst zureisenden Fremden ist die denkbar genaueste und namentlich stehen die in der Stadt anwesenden Italiener (Arbeiter) unter besonders scharfer Bewachung. Die Polizei ist ferner angewiesen worden, streng darüber zu wachen, daß Belästigungen des

Kaisers durch Werfen von Blumen in den kaiserlichen Wagen, durch Winken mit Taschentüchern oder durch zu herborbrängende Veltätigung der Amateur-Photographen nicht vorkommen. Zur Unterstützung der örtlichen Polizei sind eine Anzahl Berliner Kriminalbeamten nach Wiesbaden beordert worden, um den Sicherheitsdienst für den Kaiser nach Berliner Muster zu regeln. Für den Sicherheitsdienst in der Umgebung Wiesbadens werden, sobald das Kaiserpaar einen Ausflug unternimmt, stets tadelnde Polizeipatrouillen vorausgeschickt. Im übrigen werden die Forsten um Wiesbaden ständig von berittenen Patrouillen beaufsichtigt und überwacht. —

Das fette Leben. Der „liberalen Korrespondenz“ wird folgender Originalbrief eines ostelbischen Grundbesizers, der ca. 500 Morgen bebaut, zur Verfügung gestellt:

„Am 19. Nov. 1902. Lieber H. und liebe Marie! Eben komme ich mit einem schweren Hasen und Rebhuhn nach Hause. Meine Frau meint, schade das doch H. und Marie; wir haben gestern ein Schwein geschlachtet und wissen nicht, wie wir allein das alles verzehren sollen. Ich sagte meiner Frau, dann müßte sie vor allen Dingen auch die Butter dazu fügen, denn so ein starker Kammeler, wie es zu sein scheint, braucht viel Fett. Von der Wirtschaft soll ich Euch ja immer etwas schreiben; na denn man zu. Die Ernte war ja an und für sich miserabel, d. h. was das Wetter anlangt, sonst war sie recht gut. Roggen habe ich in der Ernte per Dampf ca. 800 Centner gedroschen, davon 700 Centner zu 180 M. verkauft, also noch einen recht guten Preis bekommen; ich werde im im ganzen 1000 Centner davon haben. Weizen habe ich noch weiter nichts wie zur Saat gedroschen, vom andren Getreide ebenfalls nur das Nötige, denn Weid gebrachte ich momentan nicht. Im Herbst habe ich alles sehr zeitig zugefüt, und zwar gedreht, so daß meine Saaten sehr gut aussehen; es sind ca. 100 Centner Roggen und 40 Centner Weizen gedreht. Zugefüt habe ich auch schon; nun geht's ans fette Leben. Meine Ausgaben waren im letzten Jahre ja sehr groß, sonst hätten wir schon ca. 4000 M. zurücklegen können, aber Schulden habe ich auch keinen Pfennig; bezahlt ist alles. 6000 M. habe ich für Inventarvermehrung ausgegeben, nur für Sachen, wovon ich bisher nichts hatte und alles ist rein aus der Wirtschaft bezahlt; dazu kommen 5000 M. Leuteloher ohne Belastigung, 5000 M. Hypothekenzinsen und wir haben auch noch gut gelebt. So eine Landwirtschaft bringt viel Geld, wenn man's versteht. Butter hatte ich das höchste im Sommer 2 Monate lang 210 Pfund die Woche; es hätte noch halb mal so viel gegeben, wenn die Weide besser, es namentlich wärmer gewesen wäre.“

Im schlichten Ausgleichen aller Interessen müssen die Arbeiter auf einen Teil ihres Lohnes verzichten, um ihn der notleidenden Landwirtschaft zuzuwenden. Wer das jetzt noch nicht einseht! —

Ein Wahlsieg. Aus Hesse schreibt man uns vom 3. Juni: Bei der heute in Groß-Steinheim vollzogenen Wahl eines Landtags-Abgeordneten für den Kreis Offenburg-Land erhielt Genosse Dr. B. 31 Stimmen, der Centrumskandidat 21 Stimmen. Die Wahlmänner des Centrums nahmen diesmal am Wahlakt teil. Es verlautete ferner, daß das Centrum gegen die Wahl Dr. B. aufs neue Protest einlegen wolle. Ob das diesmal etwas nützen wird, ist wohl sehr fraglich. —

Erziehung zum Deutschtum. Der in Gnesen erscheinende „Lech“ schreibt:

In einem Städtchen nicht weit von Gnesen müssen, wie es in der Provinz Posen nicht selten der Fall ist, diejenigen polnischen Volksschüler und -Schülerinnen, welche die Religion nicht in deutscher Sprache lernen wollen, bis zum vollendeten 16. Jahre bzw. bis in das 17. Lebensjahr in die Schule gehen. In der betreffenden Stadt nun hat sich vor kurzem eine dieser 16 Jahre alten Schülerinnen mit Willen ihrer Eltern verlobt. Die Hochzeit soll sofort erfolgen, sobald der Kreisinspektors das Mädchen aus der Schule entläßt.

Die Schule als Strafanstalt für Nationalpolinnen, Verschärfung der Strafe durch Heiratsverweigerung, dazu etwa noch ein bißchen Reichener Preilpädagogik — und ein Justizhausstaat ist fertig, wie ihn selbst Eugen Richter nicht schöner träumen kann. —

Die Korrespondenz der Fälschungen. Wir haben dem amtlichen Organ der konservativen Partei, der „Konservativen Korrespondenz“ nachgewiesen, daß ihre Citate über die sozialdemokratische Auffassung der Bauern- und Handwerkerfrage elende Fälschungen sind. Zuletzt wurde wieder die alte Fälschung wiederholt, daß Bebel in München gesagt habe, es gebe keinen egoistischeren, brutaleren usw. Menschenschlag als die Bauern. Wir haben festgelegt, daß Bebel von Agrariern geredet hat.

Wie windet sich nun die „Kons. Korresp.“ heraus? Sie behauptet rundweg, unser Protokoll, das auf dem Stenogramm beruht, sei gefälscht und die nicht stenographische „S. und S. Korrespondenz“, der sie den Bericht entnommen haben will, habe den richtigen Wortlaut gebracht.

Wir stellen dem gegenüber fest, daß an dem Satz kein Wort im Protokoll geändert worden ist. Er steht genau so in dem gleichzeitigen „Vorwärts“-Bericht und außerdem geht aus dem Zusammenhang hervor, daß Bebel nicht von Bauern gesprochen haben kann. Bebel führte aus:

„Der Stamm der Centrumsanhänger, das Bauerntum, die landwirtschaftlichen Berufsstände sind sich über die Frage des Zolltarifs in ganz Deutschland vollkommen einig. Ob schlesischer Magnat oder polnischer Schlachtzige oder westpreussischer Bauer oder der christliche Bauernverein am Rhein und in Süddeutschland, in dieser Frage sind sie einig, da ist alles dieselbe Couleur. Ja noch mehr: Wir haben bei den Eingaben an den deutschen Reichstag anfänglich der Beratung des Zolltarifs aus landwirtschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überraschende Tatsache erlebt, daß in Bezug auf die Forderungen die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland die Unverschiedenheit des Bundes der Landwirte noch übersteigen. Es bewahrt sich hier wieder einmal, daß es keine egoistischeren, rücksichtsloseren, brutaleren, aber auch keine bornierteren Klasse giebt als unsere Agrarier.“

Bebel konnte eben gar nicht von Bauern reden, weil es ihm nicht einfallen wird, Junker und Schlachtzigen als Bauern zu klassifizieren, wie es der Bund der Landwirte liebt. Bebel hat einfach gesagt, daß alle Agrarier, mögen sie nun Großgrundbesitzer oder Großbauern sein, egoistisch, rücksichtslos und brutal seien. Und das ist nur die Wahrheit.

Die Mehrheit der Bauern aber besteht aus elenden Kleinbauern, gegen die solche Anklagen zu erheben unsinnig wäre.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Unruhen in Kroatien. Während der Pfingstfeiertage ist es in Agrar zu heftigen Szenen gekommen; Gruppen von Studenten und jugendlichen Leuten durchzogen die Stadt und demolierten die Fenster verschiedener öffentlicher Gebäude. So wurden im Palais der Betriebsleitung der Staatsbahnen, im ungarischen Kasino, in der Redaktion der „Agrarier Zeitung“ und in den Wohnhäusern verschiedener höherer Beamten fast alle Fenster eingeschlagen. Infolge dieser Vorgänge wurde die ganze Garnison aufgeboten; die Straßenzugänge wurden militärisch besetzt und starke Patrouillen durchzogen die Straßen der Stadt und deren Umgebung. Am Abend wiederholten sich trotzdem die Ausschüfe, Laternen wurden ausgelöscht und das Militär mit Steinen beworfen. Der Kommandierende Offizier soll mit dem Waffengebrauch gedroht haben, doch kam es glücklicherweise nicht zu einer Katastrophe. Schließlich wurde die Ruhe wieder hergestellt, namentlich dadurch, daß um 9 Uhr sämtliche öffentliche Lokale gesperrt wurden. Drei Personen erhielten schwere Verletzungen, darunter ein städtischer Wadmann. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen; darunter befindet sich die Schriftstellerin Marianne Juricz. Die Garnison ist verstärkt worden. —

Frankreich.

Die Interpellation Jaures. In seiner Antwort auf die Anfrage Jaures betreffend die Ereignisse in Sigis, erklärte Ministerpräsident Combes in der Deputiertenkammer, daß, sobald die Zusammenziehung der Truppen beendet sei, die Räuber eine exemplarische Strafe erhalten würden. Die Regierung beabsichtige weder die Eroberung noch Besitzergreifung. (Beifall.) Der Ministerpräsident fuhr fort: Wir haben Repressalien zu ergreifen, und wir werden dies gemäß unsren Verträgen mit Marokko thun. Infolgedessen brauchen weder Marokko noch die europäischen Mächte über unsre Absichten Besorgnis zu hegen. Die auswärtigen Regierungen werden ohne Befürchtungen die Repressalien verfolgen sehen, welche notwendig geworden sind, um die Ueberfälle zu bestrafen und die räuberischen Stämme davon abzuhalten, damit von neuem anzufangen. (Langanhaltender Beifall.) Nach dieser Erklärung nahm das Haus die Beratung der Vorlage betreffend die Altersunterstützungen wieder auf.

Paris, 4. Juni. (S. D.) Die Zusammenziehung von Truppen im Süden von Oran wird mit großer Energie betrieben. In Oran stehen mehrere Spezialzüge bereit, um Truppen, insbesondere Artillerie, nach dem Süden zu transportieren. 3000 Mann sind bereits dorthin abgegangen. —

Italien.

Rom, 2. Juni. (Fig. Ver.) Ein sensationeller Prozeß, der schon viel die italienische und ausländische Presse beschäftigt hat, ist am 1. Juni vor dem Appellhof von Brescia wieder aufgenommen worden. Es handelt sich um den vom Lieutenant Tribulzio gegen den sozialistischen Abgeordneten Mario Todeschini angestregten Prozeß wegen Verleumdung und Verleumdung. Wie erinnert, ist Tribulzio jener Offizier, der unter Anklage stand als Mitschuldiger oder Urheber des Todes seiner Geliebten, Zolina Canuti, die an den Folgen eines Versuchs der Fruchtatreibung gestorben war und deren gestürzter Leichnam bei Verona aus der Erde gezogen wurde. Tribulzio wurde verhaftet, aber die Voruntersuchung mußte wegen mangelnder Beweise eingestellt werden. Er erhob darauf Zivilklage gegen den Chefredakteur des Parteiblattes von Verona, Todeschini, der ihn der Mitschuld an dem Versuch der Fruchtatreibung und — nach Ansicht der Richter — auch an der Tötung und Verleumdung der Canuti bezichtigt hatte. In erster Instanz wurde Genosse Todeschini zu 23 Monaten Gefängnis verurteilt, in zweiter nahm das Gericht an, der Wahrheitsbeweis für die Mitschuld an Versuch der Fruchtatreibung sei durch Todeschini erbracht und verringerte die Strafe auf 12 Monate 19 Tage. Im Januar dieses Jahres wurde auch dieses Urteil kassiert und der Prozeß an den Appellhof von Brescia gewiesen. Dieses Gericht wird zunächst darüber zu entscheiden haben, ob der ganze Prozeß neu aufgenommen werden soll oder nur der von der vorigen Appellinstanz verworfene Teil des Urteils, ob also Todeschini wegen Verleumdung (begangen durch die Beschuldigung Tribulzios, an der Tötung der Canuti teilgenommen zu haben) schon rechtskräftig verurteilt ist und sich nur wegen der von ihm gegen den Offizier erhobenen Beschuldigung, an dem Abortus mitschuldig zu sein, verantworten muß oder nicht. Die reaktionäre Presse tritt für die Aufassung einer teilweisen Aufhebung des Urteils ein, die in den Annalen der italienischen Rechtsprechung eine ganz neue Erscheinung wäre. —

England.

Chamberlain hat sich erneut zur Frage der englischen Handels- und Zollpolitik geäußert. Ein Wolffisches Telegramm meldet: London, 4. Juni. In seiner Antwort auf einen an ihn gerichteten Brief bemerkt Minister Chamberlain, wenn sich die öffentliche Meinung in den Kolonien in der That feindlich oder gar gleichgültig verhalte, bestände nicht die geringste Möglichkeit, die Zollreform zu verwirklichen. Er würde sich für berechtigt halten, den Kampf aufzugeben, wenn er nicht warn von den Kolonien unterstützt würde.

Es ist nicht recht ersichtlich, ob Chamberlain, nachdem er gesehen hat, auf welchen Widerstand sein Projekt in den meisten der englischen Kolonien stößt, es bereits für ratsam hält abzuweichen, oder ob er durch diese Veröffentlichung nur bezweckt, jene kolonialen Kreise, die mit seinen Plänen einverstanden sind, zu Zustimmungserklärungen anzuspornen. —

Rußland.

Zur Erschießung des Gouverneurs Bogdanowitsch. Wie der „Rhein-Westf. Jtg.“ aus Petersburg gemeldet wird, sind dort mehreren hohen Beamten am Tage des Attentats auf den General Bogdanowitsch durch die Post hektographierte Urteile“ zugestellt worden. Die folgenden Wortlaut hatten: Am 13. März 1903 ist auf Befehl des Gouverneurs von Ufa, A. M. Bogdanowitsch seitens des Militärs auf die verammelten streifenden Arbeiter der Stadt Slatoust geschossen worden. Auch auf Fliehende wurde geschossen. Im ganzen wurden 28 Personen getötet und überdies gegen 200 verwundet, von denen zahlreiche ihren Wunden bereits erlegen sind. Unter den Getöteten und Verwundeten befand sich eine Anzahl von zufälligen Zuschauern der Tragödie, Weiber und Kinder. Et. Beschluß der „Kampfes-Organisation der sozialistisch-revolutionären Partei“ ist der Gouverneur von Ufa, A. M. Bogdanowitsch, am 6. (19.) Mai durch zwei Mitglieder der Organisation hingerichtet worden.“ (Folgt Stempel der „Kampfes-Organisation der S. R. P.“)

Petersburg, 4. Juni. Dem „Regierungsbote“ zufolge genehmigte der Kaiser den Beschluß des Ministerkomitees, bis zur Revision der Gesetze über die Juden auf dem Wege der Gesetzgebung in und außerhalb der in der Anfassigkeitszone liegenden Gouvernements den Juden Erwerb von Land und Immobilien sowie die Ruheniehung derselben zu verbieten. Dagegen soll der jüdischen Bevölkerung gestattet sein, sich in den in ihrer Anfassigkeitszone gelegenen Ortschaften anzusiedeln, welche infolge ihrer industriellen Entwicklung den Charakter von Städten annehmen, und dort Immobilien zu erwerben. Solcher Ortschaften giebt es bisher 101. —

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie.

Am zweiten Sitzungstage wurde über das Programm für die bevorstehenden Stortingswahlen verhandelt. Nach einigen kleinen Abänderungen wurde der Entwurf des Parteivorstandes in folgender Form angenommen:

„Die norwegische Arbeiterpartei, die sich die Befreiung und Hebung der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt hat, kann nur auf Grund ihres eignen Parteiprogramms zur Wahl gehen und in taktischer Hinsicht nichts unternehmen, was geeignet sein könnte, den Zusammenstoß und die Solidarität der Arbeiter zu beeinträchtigen. Obgleich die Linke als Partei in der letzten Zeit mehr als je ihren reaktionären Charakter dokumentiert hat, will der Parteitag dessen ungeachtet — in Rücksicht auf die bisherige Taktik der Partei — nicht dem Zusammenarbeiten mit der Linken bei der Wahl entgegenzutreten, wenn ein solches Angebot gemacht wird; jedoch nur unter der Bedingung, daß dabei irgend ein politischer oder sozialökonomischer Vorteil als wahrscheinlich nachgewiesen werden kann und daß unsre Partei-Organisationen an den betreffenden Orten vollständig freie Hand über ihr eignes Wahlprogramm behalten und ihnen eine Repräsentation im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl zugesichert wird, wofür der Parteivorstand im voraus jede Abmachung über ein Zusammenarbeiten bei der Wahl sanktionieren kann. — Als auf die am nächsten liegenden Aufgaben der Gesetzgebung verweist der Parteitag auf:

1. Gesetzlicher Schutz des Vereinigungsrechts.
2. Allgemeines Wahlrecht in Staat und Kommunen, sowohl für Frauen wie Männer über 21 Jahre alt.
3. Eine Wahlordnung mit soweit wie möglich gleich großen Wahlkreisen für je einen Abgeordneten; direkte Wahlen und Stichwahlen; Aufhebung der Wohnortsklausel und Einführung von Volksabstimmung bei wichtigeren Gesetzentwürfen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Angestellten (Kassierer) der Singer Co. Nähmaschinen-Aktiengesellschaft, Leipzigerstr. 92, sind in einen Ausstand getreten. Beteiligt sind 61 Angestellte.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen Deutschlands. Bezirk Berlin.

Achtung, Bauarbeiter! Der Steinträger Fritz Franke hat von der Firma Zadek, Wullenweberstraße 1, entgegen dem bestehenden korporativen Arbeitsvertrag den von Neue Winterfeldstraße 14 25 Pf. unter dem Tarif vertragsmäßig übernommen, ferner werden 15 Pf. pro 1000 Steine als Skaution einbehalten. Wir ersuchen die Bauarbeiter, dieses zu beachten. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Erneuter Klempnerstreik in Bremen. Die Klempner haben aufs neue den Streik beschlossen, weil ihre Arbeitgeber die Einigungsbedingungen nicht inhielten, indem sie einen Teil der Streikenden nicht wieder einstellten. Wenn keine Einigung erzielt wird, so ist eine neue Aussperrung der Bauarbeiter für Ende dieser Woche zu erwarten.

Die Differenzen im Dresdener Baugewerbe können als beigelegt betrachtet werden. Auf eine Interpellation des Komitees der Aussperrten hin ist der Innungs-Vorstand selbst bemüht gewesen, die Innungsmeister zur Anerkennung der Vereinbarungen und deren Durchführung zu bewegen. Infolgedessen sind heute wieder eine große Zahl Aussperrter eingestellt worden, so daß nur noch etwa 100 ohne Beschäftigung sind. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß auch diese noch eingestellt oder anderweit untergebracht werden.

400 Porzellanarbeiter ausgesperrt! In der Porzellanfabrik von Sonntag u. Söhne in Litzkau (Oberfranken) wollten die Unternehmer den Malern eine Erhöhung der Farbenpreise um 25 bis 100 Proz. aufzwingen, was einer sehr bedeutenden Lohnreduktion gleichkäme. Die Maler ließen sich auf dieses Ansuchen nicht ein und die übrigen Porzellanarbeiter erklärten sich mit ihnen solidarisch, worauf sämtliche Arbeiter (circa 400) entlassen wurden.

Die Aussperrung in Iserlohn dauert unberändert fort. Die Fabrikanten lassen es sich in der Herbeischaffung von Arbeitswilligen schon etwas kosten, aber fast alles schlägt ihnen fehl. Man deploriert sogar nach allen Richtungen, der Streik sei beendet. In fast sämtlichen Herbergen zur Heimat hat man gefälschte Plakate aushängen lassen, worauf hier und da noch einer hereinfällt. Am Pfingstmontag hielten die Aussperrten wieder eine vom besten Geist besessene Versammlung ab, welche sich für energische Weiterführung des den Arbeitern aufgezwungenen Kampfes aussprach.

Die Klempner in Königsberg i. Pr. befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern Stundenlöhne von 35 Pf. für Junggefelten und 42 Pf. für die älteren Gesellen. Da die Meister diese Forderungen nicht bewilligen wollen, so haben die Arbeiter gesündigt.

Ausland.

Ein internationaler Steinarbeiter-Kongreß

tagte während der Pfingsttage in Zürich. Anwesend waren 14 Delegierte, die 30 500 organisierte Steinarbeiter vertraten. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, die Schweiz, Schweden, Norwegen und Dänemark hatten Delegierte entsandt. Die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern wurden eingehend besprochen. Beschlossen wurde, am 1. Juli d. J. ein internationales Sekretariat ins Leben treten zu lassen, welches der schweizerische Steinarbeiter-Verband zu befehlen hat. — Zu dem Punkt: Streiks und Lohnbewegungen beantragte der deutsche Steinarbeiter-Verband eine Resolution, nach der bei größeren Streiks, welche die finanzielle Hilfe der Kollegen in andern Ländern notwendig machen, die Unterstützungssaktion nur durch das internationale Sekretariat erfolgen soll. Der betreffende Landesorganisation wird aber die Verpflichtung auferlegt, dem internationalen Sekretär über die Forderungen der Arbeiter, die Zahl der Beteiligten, der organisierten und unorganisierten zu Mitteilung zu machen. Auf jeden Fall, auch wenn der Streik mißbilligt wird, ist der Zugang von Streikfremden fernzuhalten. Auf Antrag des schweizerischen Steinarbeiter-Verbandes wird dazu beschlossen, daß bei größeren Lohn- und Streikbewegungen keine Reise-Ausweise in die betreffenden Länder ausgestellt werden dürfen und die Kollegen an der Grenze zurückzuweisen sind.

Beschlossen wird ferner die gegenseitige Unterstützung der Organisationen in der Agitation in den Grenzdistrikten. Die Regelung derselben soll von Fall zu Fall zwischen den beteiligten Organisationen erfolgen.

Annahme fand ferner folgende Resolution: „Der internationale Steinarbeiter-Kongreß nimmt grundsätzlich Stellung gegen jede Zersplitterung der Gewerkschaften und hält nur mit solchen Organisationen eine Verbindung aufrecht, welche im betreffenden Lande als anerkannt gelten.“ Dem Sekretär wird der Auftrag gegeben, Schritte einzuleiten, um den internationalen Gedanken in allen Ländern zur Durchführung zu bringen und unter den beteiligten Verbänden Vereinigungskongresse einzuberufen.

Maleraussperrung in Stockholm. Von den Malermeistern Stockholms, die beschlossen hatten, ihre sämtlichen Arbeiter, ungefähr 600, auszusperrn, haben am Dienstag nur 30 mit 140 Arbeitern diesem Beschluß entsprochen.

Der erste Kongreß der französischen Landarbeiter wird im Juli in der Arbeiterbörse zu Weilerslohe stattfinden. Zur Teilnahme sind alle land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter eingeladen, einige vereinte Organisationen von Land- und Forstarbeitern giebt es in Frankreich bereits. Es soll nun eine größere Agitation zur Bildung eines Verbandes entfaltet werden.

Wahlversammlungen.

Eine Wählerversammlung für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 3. Juni im Luisenstädtischen Konzerthaus. Der sozialdemokratische Kandidat Wolfgang Heine referierte. Er entwickelte das sozialdemokratische Programm und trat wirksam den auch jetzt wieder im dritten Wahlkreis durch Flugblätter verbreiteten thörichtesten Behauptungen der Freisinnigen entgegen, daß die Sozialdemokratie ihre Ziele verleihere und einen Justizhausstaat anstrebe. Letzteres wäre geradezu kindisch, denn gerade die Sozialdemokratie wolle die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die heute meist unterdrückt sei, erst für jedermann ermöglichen. Dann enthalte das Flugblatt der Freisinnigen, das Herrn Jäger empfehle, die Angabe: „Die Sozialdemokratie spiegelt dem Volke Unmögliches vor: Not, Sorge und Elend sollen aus der Welt geschafft werden.“ Ja, wolle denn Herr Jäger Not, Sorge und Elend erhalten? Es sei doch gerade Aufgabe der Politik, diese Leiden der Menschheit, wie sie sich unter den gegebenen Verhältnissen zeigten, nach Möglichkeit zu beseitigen. Es wäre eine lächerliche Anschuldigung, uns ein dahingehendes Bestreben zum Vorwurf zu machen. Wer sich gar nicht einmal dornen, Not, Elend und Sorge zu bekämpfen, der sorge indirekt dafür, daß sie immer größer würden. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages widerlegte Redner noch verschiedene freisinnige und antisemitische Äußerungen, so die, daß die Sozialdemokratie die kleinen und mittleren selbständigen Existenzen vernichten wolle. Er wies nach, daß im Gegenteil die Antisemiten den kleinen Mann — den Kaufmann, den Handwerker und auch den Beamten mit bestimmt fixiertem Gehalt — aufs schwerste schädigten durch ihre Unterstützung der Jollpolitik der Agrarier, auf die sich auch der antisemitische Kandidat Jahn eingeschrieben habe. Zum Schluß erwähnte Redner die

Verammelten, sich nicht täuschen zu lassen dadurch, daß die Antisemiten jetzt in ihren Zeitungen, Flugblättern und Reden auf die freisinnigen Judenblätter und auf die freisinnigen Theorien schimpfen. Im Stillen bestreite zweifellos schon der Wahlpart zwischen Freisinn und Antisemiten. Der ganze Kampf der Antisemiten habe nur den Zweck, alle antisemitischen Schläfen zusammen zu bringen, um eine Stichwahl zu ermöglichen und sie dann einzutreiben in die Hölle des Freisinn, wofür der Freisinn auf dem Lande der Reaktion dienlich sein werde. Im ersten Wahlgang müsse der Kreis der Sozialdemokratie erobert werden. (Lebhafte Beifall.) Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Mit einem Ausruf zu thätiger Mithilfe bei der Agitation schloß der Vorsitzende Hoch die Versammlung.

Den wählen die Handlungsgehilfen? Am Mittwoch tagte im Grand Hotel Alexanderplatz eine zahlreich besuchte Versammlung für Handlungsgesellen, in der Georg Verward referierte. Der Redner widerlegte zunächst verschiedene gegen die Sozialdemokratie gerichtete Vorwürfe, gedachte dabei auch eines freisinnigen Flugblattes, das am selben Tage im fünften Wahlkreis verbreitet worden ist und worin man die Kleinbürger wieder einmal mit dem alten Märchen gruselig zu machen sucht: die Sozialdemokratie wolle die Kleinbetriebe vollständig vernichten. Indem der Redner in kurzen, klaren Sätzen die Grundgedanken des Parteiprogrammes darlegte, bemies er, wie unzutreffend jene Auffassung ist, und betonte besonders, daß die Sozialdemokratie nicht Klassenhaß schürt, sondern nur Erkenntnis der Klassenlage zur Voraussetzung ihres Wirkens hat. Sodann legte der Redner die politische Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien bloß, zeigte namentlich, daß die Handlungsgesellen nichts von den Antisemiten und Freisinnigen zu erwarten haben, daß dagegen die Sozialdemokratie im Parlament von jeher für sie zu wirken bestrebt war, und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, nur für den Kandidaten dieser Partei, für Robert Schmidt zu stimmen. Trozdem der Redner in seinem Vortrage mehrere Angriffe gegen die deutschnationalen Handlungsgesellen gerichtet hatte und die Herren auch durch Zwischenrufe von ihrem Dasein Kunde gaben, meldete sich von ihnen keiner zum Wort. Sie blieben dem Vortragenden auch die Antwort auf die Frage schuldig, für wen sie denn nun eigentlich stimmen wollten oder sollten, da doch ihr Führer, Herr Döring, nur die Parole: „auf keinen Fall für einen Sozialdemokraten“ ausgegeben habe. In der Diskussion sprach zunächst Herr Dullio, der erklärte, daß er nicht ganz auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie stehe, sondern persönlich mehr den Freisinnigen zuneige. Da aber dieser in sozialpolitischer Hinsicht verlagert hätte, könne er als Handlungsgeselle nur für einen Sozialdemokraten stimmen. — Dagegen trat dann in recht widerwärtigen Ausführungen Herr Predycki für den Freisinn ein, richtete dann verschiedene Fragen an den Referenten, zum Beispiel wann die Freisinnigen bei wichtigen Abstimmungen gefehlt hätten und wo sie sich gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ausgesprochen hätten und meinte, daß die Freisinnigen die Kleinbetriebe treibenden retten wollten, was der Umstand beweise, daß sie sehr gegen die großen Warenhäuser „wetterten“. Unser Kandidat Robert Schmidt, der darauf das Wort nahm, beantwortete diese Angriffe dahin, daß der freisinnige Zwid in sechs aufeinanderfolgenden Sitzungen der Jolltarif-Kommission gefehlt habe, ohne daß für ihn Erloy gestellt wurde, daß eben derselbe Herr Zwid Angriffe gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht gerichtet hat und ebenso die Freisinnigen in den Kommunen, wo sie in der Mehrheit sind, eine ganz traurige Haltung in dieser Frage einnehmen. Ferner wies der Redner auf die entwürdigende Stellung hin, die die Handlungsgesellen heutzutage einnehmen, wie sie in mancher Hinsicht noch schlechter daran sind, als die Arbeiter, die sich durch ihre Organisationen mancherlei Vorteile erringen haben, und so noch mehr als diese darauf angewiesen sind, vor den größten Auswüchsen der kapitalistischen Ausbeutung durch Gesetzgebung und Polizei geschützt zu werden, wofür aber nur die Sozialdemokratie konsequent eintritt. — Darauf sprach noch Herr Eugen Conrad, der sich als Demokrat im Sinne derer von 48 bezeichnete. Er schilderte sehr treffend, wie es in freisinnigen und konservativen Versammlungen zugeht und mit der Redefreiheit bestellt ist, und erklärte dann, daß man als anständiger Mensch gegen den Freisinn, und nur für den Sozialdemokraten stimmen müsse. Dann hätte man doch auch die Gewähr, daß die Volksrechte nicht verkürzt werden. — Nachdem dann der Referent in seinem Schlußwort noch einmal die Gesinnungslosigkeit der reaktionären Masse, die jetzt der Sozialdemokratie gegenüber steht, gedehrend gekennzeichnet hatte und kein Gegner mehr das Wort verlangte, erfolgte Schluß der Versammlung. — Die Ausführungen des Referenten sowohl wie die des Kandidaten Robert Schmidt fanden außerordentlich starken Beifall.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Jahrestelle Berlin. Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr: Versammlung in Noahstr. 28, im Saale des Herrn Eshöler. Die Kollegen aus der Schmittmühle alle kommen. Die Lokalverwaltung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiter-Risiko.

Kolberg, 4. Juni. (W. T. B.) Heute nachmittag stürzte ein Neubau ein. Zwei Maurer und ein anderer Arbeiter wurden verschüttet. Die Vergung der Verschütteten war jedoch der Feuerwehr bis zum späten Abend nicht gelungen.

Prozeß gegen den „Simplicissimus“.

Frankfurt a. M., 4. Juni. (W. T. B.) Das Schöffengericht in München verurteilte, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, heute den Maler Heine und den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“, J. Rinnekegel, wegen des Titelbildes „Gesandtenziehung“ im „Simplicissimus“ wegen groben Unfugs, verurteilt durch die Presse, zu je 30 M. Geldstrafe und erkannte außerdem auf Unbrauchbarmachung der noch vorhandenen Exemplare und Platten. Der Anwaltschaft hatte 3/4 Wochen Gefängnis beantragt.

Zum Budapest Postkanal.

Budapest, 4. Juni. (W. T. B.) Die Postdirektion hat einen Preis von 4000 Kronen auf die Ergreifung des Postdiebes und 2000 Kronen für Angaben ausgelegt, welche auf die Spur des Thäters führen. Im Steckbrief wird der Dieb, welcher Ricinay heißt und 31 Jahre alt ist, als klein, mit rundem Gesicht und einem Anflug eines blonden Schnurbartes geschildert. Den Buchstaben S kann Ricinay nicht gut aussprechen; am Mittelfinger der rechten Hand fehlt der Nagel.

Wollendruck.

Budapest, 4. Juni. (W. T. B.) Ueber die Ortschaft Jandisa ging ein fürchterlicher, vier Stunden andauernder Wollendruck, verbunden mit Hagelschlag, nieder. 20 Wohnhäuser sind eingestürzt und auf weite Strecken stehen die Kulturen unter Wasser; die gesamte Ernte ist vernichtet.

Straferlaß in Transvaal.

Pretoria, 4. Juni. (W. T. B.) Der Gouverneur der Transvaal-Kolonie erließ dem größten Teil der Boeren den Rest der Strafen, zu denen sie während des letzten Krieges militärischer Vergehen wegen verurteilt waren.

4. Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit.
5. Allgemeine Vollpension in Verbindung mit einer auf das Steuerwesen gestützten Krankenpflege.
6. Ertrag der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, die gradweise steigend gemacht werden sollen.
7. Reform der Verhältnisse der Landbewohner dem Parteiprogramm entsprechend. — Fertigstellung aller öffentlichen Arbeiten im Lande selbst.
8. Errichtung internationaler Schiedsgerichte. Abschaffung des Militarismus und Einführung von allgemeiner Volkswaffenpflicht.
9. Entwicklung der Volksschule zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder. Erhöhung sowohl der Minimal- und der Maximal-Unterrichtszeit. Die Landkinder sollen auf die gleiche Höhe wie die Stadtkinder gebracht werden.
10. Aufhebung des Jagdgesetzes. —
In der Unionsfrage erklärt der Parteitag: Als die norwegische Linke — veranlaßt durch den Widerstand der Schweden gegen die Konföderation und durch die großschwedischen Kriegsdrohungen — dazu überging, die Lösung der Unionsfrage zu einer Machfrage zu machen, erhob die norwegische Arbeiterpartei Protest hiergegen. Die Rüstungspolitik, die die Folge der Taktik der Linken wurde, weckte vom ersten Augenblick an die höchste Mißbilligung der Sozialdemokratie. Wir empfahlen im Gegenzug dazu eine Politik, die darauf gerichtet war, Grundlagen für eine friedliche und für Norwegen bedrückende Lösung herbeizuführen. Da nun eine solche Grundlage geschaffen zu sein scheint, begrüßen wir das mit Zufriedenheit und erklären eine fortwährend würdige und freundschaftliche Verhandlungspolitik unterstützen zu wollen.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu sieben Wochen Gefängnis verurteilte das Schöffengericht in Halle den Genossen Thiele, weil er als Vorsitzender des Gewerkschaftsartikels zwei Versammlungen desselben nicht sofort nach erfolgter Auflösung verlassen hatte. Der Staatsanwalt hatte sogar für jeden der beiden Fälle zwei Monate, zusammengezogen auf 3 Monate 2 Wochen, beantragt. Es handelt sich dabei um die Artikel-Versammlungen am 14. Februar und am 1. November v. J. Die erste wurde aufgelöst wegen Anwesenheit von zwei weiblichen Delegierten, die zweite wegen Eintritts der Polizeistunde. Wegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden. Eine aufsehensbare Anshawung über die Handhabung des Vereinsgesetzes äußerte der amtierende Richter insofern, als er bei Begründung des Urteils erklärte, Frauen dürften in Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert werden, nicht anwesend sein, während das preussische Gesetz bekanntlich den Frauen nur die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbietet. — Gegen die Freisprechung Thieles in seinem Majestätsbeleidigungs-Prozeß hat der Staatsanwalt Revision angemeldet.

Roß eine Majestätsbeleidigung soll der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Gustav Waberst, begangen haben und zwar durch die in Nr. 292 dieses Blattes vom 14. Dezember v. J. veröffentlichte Wochenplauderei „Venezolanisches Deutsches“. In einem Telephongespräch zwischen dem Reichsanwalt und dem Reichs-Marine-Amt, das die Entsendung eines Geschwaders nach Venezuela behandelt, erblickt die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung Wilhelms II. — allerdings erst nach fast sechs Monaten. — Sollte der Hamburger Staatsanwaltschaft diese Erläuterung nicht vielleicht auch erst aus einem Nachbarsstaate gekommen sein, in dessen äußerstem Osten ein Staatsanwalt diese Entdeckung schon vorher machte?

Eine sonderbare Ueberraschung wurde nach unfrem Offenbacher Parteiblatt dem Genossen Cramer in Darmstadt zu teil. Der Herr Gerichtsvollzieher Engel in Darmstadt präferierte einen vom großherzoglichen Amtsgericht Darmstadt ausgestellten Haftbefehl wegen 3020 M. Prozeßkosten, welche die Königl. preussische Gerichtsliste in Elberfeld für den bekannten Geheimbundprozeß gem haben möchte. Genosse Cramer konnte dem eifrigen Beamten die Ausführung der Verhaftung nicht gestatten und machte den Herrn Gerichtsvollzieher darauf aufmerksam, daß er ihn, da er Landtags-Abgeordneter sei, gar nicht verhaften dürfe. Etwas ungläubig wegen dieser Erklärung ging der Herr Gerichtsvollzieher und versprach wieder zu kommen — allein er kam nicht mehr wieder. Sein Versprechen muß ihm nachträglich leid geworden sein.

Aus Industrie und Handel.

Weitere Roheisenpreidermähigung in Amerika. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat die Südlische Hochofen-Gesellschaft in den Vereinigten Staaten den Preis für Gießerei-Roheisen Nr. 2 wiederum um 1/4 Dollar herabgesetzt, weil, wie sie zur Begründung angeht, die ausländische Ware ihre noch scharfe Konkurrenz macht. Die Südlische Hochofen-Gesellschaft war es auch, die zu Anfang April den Preis für Gießerei-Roheisen um 1 Dollar herabsetzte und damit die Reihe von Preidermähigungen auf dem amerikanischen Eisenmarkt einleitete.

Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft in Essen. Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Essen unterm 2. Juni 1903 geschrieben: Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp beabsichtigt, ihre sämtlichen Betriebe für die Herstellung von Feindensartikeln im Laufe der nächsten Jahre von Essen nach Rheinhausen bei Uerdingen zu verlegen. Der Grund dafür liegt in dem Umstande, daß ein großer Teil dieser Betriebe den Anforderungen der neuerzeitlichen Technik nicht mehr ganz entspricht und einer Umgestaltung und Erweiterung bedarf. Dazu reicht aber das in Essen noch vorhandene Gelände bei weitem nicht mehr aus. In Essen sollen lediglich noch die Betriebe für die Herstellung von Kriegsgeräten verbleiben, welche zudem gleichfalls erheblich erweitert werden sollen.

Einer allerdings unverbürgten Nachricht zufolge soll die Firma auch beabsichtigen, ein Weidenfeld auf dem linken Rheinufer zwißs Erziehung eines neuen Kohlenbergwerkes zu erwerben.

Die Einfuhr zubereiteten Fleisches. Nach § 12 des Fleischbeschau-Gesetzes darf zubereitetes Fleisch aus dem Auslande nur eingeführt werden: „wenn nach Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt“. Das Gesetz fügt dann noch hinzu: „Diese Feststellung gilt als unausführbar insbesondere bei Sendungen von Wollfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als 4 Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung“.

Nachdem dieses Gesetz am 1. April d. J. in Kraft getreten war, wurden die ausländischen Schweinelebern, die früher gepöfelt eingeführt wurden, in gefrorenem Zustande eingeführt. Einzelne Zulassungsstellen verweigerten jedoch die Zulassung, weil das Einfuhrverbot von Stücken unter 4 Kilogramm auch für gefrorenes Fleisch maßgebend sei. Andere Untersuchungsstellen waren gegenteiliger Ansicht und ließen die Lebern nach tierärztlicher Untersuchung ein.

Der Staatssekretär des Innern hat nun zu dieser Frage wie folgt Stellung genommen: „Die in § 12 Abs. 2,iffer 2 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 ausgegebene Gewichtsgrenze von 4 Kilogramm findet nach a. d. O. vorgesehener Ausnahme für Schinken, Speck und Därme Anwendung. Inwiefern bei anderem Fleisch, das in Stücken unter 4 Kilogramm einget, die zur Genehmigung der Einfuhr erforderliche zuverlässige Untersuchung auf seine Unschädlichkeit ausführbar ist, bedarf der Prüfung von Fall zu Fall. Als unausführbar ist diese Untersuchung nach dem Gutachten der Sachverständigen zu erachten auch bei gefrorenen Lebern unter 4 Kilogramm. Wegen der Zurückweisung solcher Lebern an den Einfuhrstellen für ausländisches Fleisch ist das Erforderliche in die Wege geleitet.“

Der Parteitag der holländischen Sozialdemokratie.

Nachdem van der Goes in feuriger Rede für die von ihm mitgebrachte Resolution eingetreten ist, nimmt das Wort gegen den Generalfreist.

Wibaut: Middelburg. Er führt u. a. aus: Wenn je ein Generalfreist für den Kampf gegen ein Gesetz nützlich sein kann, dann muß doch das Proletariat jedenfalls den Augenblick für seinen Kampf selbst wählen.

Fortuin: Amsterdam VI war seinen Augenblick während des ganzen Streites übertrumpft. Sofort nach Bildung des Abwehrkomitees habe er einen Artikel an „Het Volk“ eingeschickt, worin er gesagt habe, wir seien auf dem verkehrten Wege und von den Anarchisten ins Schlepptau genommen.

Dudegeest: Utrecht (Vorstand der Eisenbahner und des Abwehrkomitees): Das Uebel rührt noch von dem ersten Eisenbahner-Ausstand, der die Zwangsgeetze und den Aprilstreik zur Folge hatte. Der große Fehler ist, daß der Kampf gegen den Anarchismus nicht stark genug war.

Wierl: Amsterdam V: Troelstra hat mitgeteilt, daß van Erkel (Vorstand der nationalen Arbeiter-Sekretariats und Mitglied des Abwehrkomitees) mitgeteilt habe, daß das Komitee in der zweiten Hauptvorstands-Versammlung mit Absicht die ihm, dem Komitee, bekannten ungünstigen Thatsachen verschwiegen habe.

Wendels: Jaandam ludigt der Kammer-Fraktion für ihre ausgezeichnete Haltung während der Behandlung der Zwangsgeetze. (Weisfall.) Ueber die Notwendigkeit des Leitartikels „Was nun?“ habe er nicht zu urteilen. Aber ein Artikel, wie der im „Volk“, habe äußerst deutlich sein müssen, so daß er bei allen Genossen einschlug.

Den: Ester: Amsterdam IX hat den Auftrag, zu fragen, ob van Kol, als er in solch ernsten Tagen nach Beständen abreiste, dies that unter Zustimmung der Kammerfraktion.

Bergmeier: Dordrecht weist darauf hin, daß bis jetzt nur Amsterdam und Abgeordnete aus der Umgebung gesprochen hätten. Wir, außerhalb Amsterdams, wußten von vornherein, daß die Sache verloren werden mußte.

Kamphuisen: Amsterdam VIII bringt namens seiner Abteilung Troelstra als Hauptredakteur vom „Volk“ den Dank für seinen Artikel „Was nun?“ Er meint, daß der Streik verloren gehen mußte, und das Verhältnis zwischen uns und den Arbeitern sei nunmehr äußerst gefährlich.

Der Vorsitzende meint den Worten des Vorredners widersprechen zu müssen. Von einer Ablehr der Arbeiter gegen die S. D. A. P. sei keine Rede, im Gegenteil. Er, der Vorsitzende, könne Kamphuisen versichern, daß gerade viele Arbeiter sich enger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeschlossen hätten.

Dr. Gortier: Bissum: Troelstra läßt sich zu viel von den Tagesereignissen beeinflussen und vertraut in großen Sachen auf die Hilfe von andern, so in der Schulfrage auf die Gläubigen, in der agrarischen Frage auf die Hilfe der kleinen Bauern.

das wir nicht haben. — Denkt doch einmal an unsere verwahrloste Arbeiterklasse ohne Rechte. Wenn ihr dann noch etwas von ihrem bisherigen Rechte entzogen wird, dann muß sie losbrechen.

B. H. Vliegen (Amsterdam IX) hat auf seine Haltung als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Abwehrkomitee seine andre Kritik als die von Vlietser gehört, nämlich, daß die Hauptvorstände nicht vom Komitee unterrichtet wurden über den Stand der Dinge.

Er, Redner, könne die Verantwortlichkeit von sich auf den Parteivorstand abwägen, daß vor der betreffenden Versammlung der Parteivorstand wußte, daß das Komitee die Versammlung nicht informieren werde. Er, Redner, habe im Komitee vorgeschlagen, dies wohl zu thun, es wurde aber verworfen und so mußte er sich hüten halten.

Sechste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Dritter Verhandlungstag.

Berlin, den 4. Juni 1903.

Die Sitzung wird von Freisinger: München eröffnet und zunächst in Rücksicht darauf, daß sich das Material so sehr gehäuft hat, eine zweite Beschwerdekommission von 5 Mitgliedern gewählt.

S. a. s. Solingen verweist darauf, daß der Verbandsvorsitzende auf einer früheren Generalversammlung erklärt habe, daß nicht eher neue Unterstützungsbeinrichtungen getroffen werden sollen, bis die vorhandenen ausgebaut sind.

Betracht kommenden Beitrag befreit werden können. Alter: Breslau stellt sich auf denselben Standpunkt wie sein Mitdelegierter Nordigle, er empfiehlt die Erhöhung des Beitrages auf 40 Pf. für männliche Mitglieder und wendet sich entschieden gegen Einführung der Krankenunterstützung.

Schlüsse erklärt hierauf in seinem Schlußwort, daß sich der Vorstand durch die Debatte davon überzeugt habe, daß der Einführung der Krankenunterstützung diesmal nicht zugestimmt wird.

Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung zu einer Erwerbslosen-Unterstützung, die ohne Rücksicht auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit gewährt wird.

Daraufhin wird die Diskussion über die neuen Vorschläge von neuem mit einer Redezeit von 10 Minuten eröffnet.

Schlüsse gibt nunmehr die Begründung für die Anträge des Vorstandes. Er verweist darauf, daß doch kein eigentlicher Unterschied bestehe zwischen denen, die direkt arbeitslos, und denen, die nur auf bestimmte oder unbestimmte Zeit aussetzen müssen, und schließlich auch denjenigen, die durch Krankheit vorübergehend erwerbsunfähig sind.

In der Diskussion wendet sich Sauer: Karlsruhe gegen die neuen Anträge des Vorstandes; er empfiehlt die Erhöhung des Beitrages auf nur 40 Pf. und die Gewährung eines Sterbegeldes. Vorhölzer: Hannover tritt im allgemeinen für die Vorschläge des Vorstandes ein, er befürwortet die Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung und betont die unbedingte Notwendigkeit, die Beiträge auf 50 Pf. zu erhöhen.

Hierauf wird wiederum Schluß der Debatte beschlossen. Von Coblenz: Berlin wird hierauf beantragt, die Abstimmung über die Vorschläge des Vorstandes erst morgen früh vorzunehmen, um den Delegierten genügend Zeit zur Prüfung der vorliegenden Anträge zu geben.

Nachdem Schlüsse als Referent noch gegen die Einwendungen Weisingers polemisiert und gleichfalls die Vertagung empfohlen hatte, wird die Sitzung, da die Tagungszeit abgelaufen ist, geschlossen und die Abstimmung auf morgen vertagt.

Für Nachmittag ist vom Lokal-Komitee ein Ausflug arrangiert.

6. Generalversammlung des Deutschen Cöpperverbandes.

Meißen, den 3. Juni 1903.

In der Nachmittags-Sitzung des ersten Verhandlungstages nahm Engelner: Wien das Wort, um die Delegierten im Namen seiner österreichischen Gewerkschaftsgenossen zu begrüßen. Er gab dann einen gedrängten Ueberblick über die Entwicklung seiner Organisation in Oesterreich.

Am Mittwochvormittag wurde in der Debatte über den Bericht des Vorstandes z. fortgesetzt. Schmidt: Weiten bedauert die geringen Zuwendungen an die Partei, die doch in erster Linie für einen besseren Bauarbeiter-Schutz eintrete, auch für Lohnbewegungen anderer Gewerkschaftsorganisationen sei wenig getan worden.

gegen die leichtfertige Verhängung von Sperren. Parisch-Dresden wendet sich gegen den falschen Modifikationsbescheid, der schon viel geschadet habe. Die vorsichtige Haltung des Dresdener Gewerkschaftsrates bei den Lohnbewegungen in seinem Bezirk habe die Kollegen zweifellos vor großen finanziellen und moralischen Schäden bewahrt. Heine-Leipzig erklärt, mit der „Abwimmlungstheorie“ des Centralvorstandes, wie des Dresdener Gewerkschaftsrates einverstanden zu sein. A. Schmidt-Berlin konstatiert als Revisor, daß die Vorwürfe vieler Delegierten, es würde zu wenig für Agitation ausgegeben, unberechtigt seien, denn es seien im letzten Jahre circa 18 000 M. ausgegeben worden. Schmidt-Weihen erklärt den Äußerungen des Kollegen Heine-Leipzig gegenüber, daß die Weihner Löhner vollständig mit dem Verhalten des Gewerkschaftsrates und des Centralvorstandes einverstanden gewesen seien und man müsse es doch den Weihnern überlassen, selbst zu wissen, was sie zu thun haben. John-Berlin behauptet lebhaft die Haltung der Weihner Löhner bei der letzten Meißner, weil sie trotz ihrer ausgezeichneten Organisation mit $\frac{1}{2}$ Majorität den Beschluß gefaßt hatten, sich nicht an der Arbeitsruhe zu beteiligen. Schulze-Fürstenwalde empfiehlt, bei Abschluß von Tarifverträgen oder bei Lohnbewegungen ebenfalls die Freigabe des 1. Mai mit zu verlangen; denn die Unternehmer bewilligen diese Forderung da viel leichter wie kurz vor der Meißner. Deni-Kauf meint, daß es nicht immer nötig sei, daß alle Kollegen organisiert sein müssen, wenn in einen Streik eingetreten werden solle. In Kauf seien auch die indifferenten Kollegen einmütig mit in den Kampf getreten, viele haben nicht einmal Streikunterstützung genommen, sind aber nach der siegreichen Beendigung des Streiks zum Verbands getreten, während organisierte Kollegen zu Streikbrechern geworden seien. Herrn John-Berlin verteidigt noch einmal seinen Standpunkt, nicht so ängstlich an Streiks und Sperren heranzugehen. Die Verknüpfung der Gewerkschaften schreite immer mehr vor. Er bedauere, daß der Vertreter der Generalkommission Döhlner heute immer noch nicht antwende sei, der jedenfalls zu diesem Thema interessante Ausführungen zu machen hätte. Gille-Weihen weist die Vorwürfe der Berliner Delegierten betreffs der Meißner zurück. Er hätte es nicht verantworten können, die Weihner Kollegen um 20 000 M. Lohnausfall zu schädigen. Die Weihner Kollegen müßten es ablehnen, sich von den Berlinern Vorschriften machen zu lassen.

Nachdem die Debatte gegen 12 Uhr mittags geschlossen war, wurde noch einstimmig beschlossen, der sozialdemokratischen Partei zum Wahlkampf 1000 M. zu bewilligen.

14. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Zwickau, 8. Juni.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde zunächst beschlossen, daß die Gehälter der Verbandsbeamten von der Generalversammlung bestimmt werden sollen. Die vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress festgestellte Gehaltskala soll dabei zur Grundlage genommen werden. Dufemann-Vöckum referiert hierauf über:

„Das Sanitätswesen in der Montanindustrie.“

Referent geht zunächst auf die Zustände in Mitteldeutschland ein und bespricht den schlechten Zustand der Wäschkassen und führt als Beleg für seine Kritik die hohen Krankheitsziffern an. In Obersachsen seien die Wäschkassen so klein, daß kaum der zehnte Teil der Arbeiter Platz habe. Die Verbandsleitung hat, um die Mängel, die auf den Gruben herrschen, offen darzulegen, Fragebogen an die Vertrauensleute aller Bezirke geschickt. Ein Teil dieser Bogen ist gewissermaßen zurückgekommen und liefert wertvolles Material zur Beleuchtung der traurigen Verhältnisse auf den Schächten. Nach Kenntnisnahme der Fragebogen brauche man sich nicht mehr zu wundern, wenn die

Wurmkrankheit im Ruhrrevier

immer mehr um sich greife. Es habe sich durch die oben angegebene Enquete ergeben, daß auf folgenden Bezirken die bergpolizeilichen Vorschriften nicht befolgt werden: 1. General Blumenthal, 2. Preußen I, 3. Graf Nolte I und II, 4. Zollverein, 5. Prosper, 6. Freiberg bei Elbe, 7. Graf Wismar II, III, 8. Hibernia, 9. Konstantin VI, 10. Holland I, II, 11. Wilhelmine Victoria, 12. Minister Achenbach, 13. Roland, 14. Helene, 15. Dorffeld II, 16. Wolfshau, 17. Neu-Köln, 18. Lewin, 19. Karolus Magnus, 20. Oberhausen I, II, 21. Maxener Tiefbau III, 22. Konstantin III, 23. Fröbliche Morgenstern, 24. Hannibal I, 25. Konstantin IV, V, 26. Queisenaue und 27. Friederika III.

Auf der Grube Borussia bei Warten sind von 125 untersuchten Vergleuten nicht weniger als 70 Wurmkrankheiten gefunden worden. Nebenher gibt es, daß sich manche Vergleute der Untersuchung auf Wurmkrankheit entziehen und wenn sie ertrapyt werden, sich auf ihre eignen Kosten untersuchen lassen müssen. Solche Duldberger fürchteten sich vor der Kur im Krankenhaus, da die gewaltsame Abtreibung des Wurmes manchen Kranken dauernden Schaden an der Gesundheit brächte und die Geschädigten an ihrem weiteren Fortkommen hindere. Auch das Krankengeld und die Hälfte des Lohnes reicht nicht aus, um die Bergarbeiterfamilien vor der äußersten Not zu schützen. Der Referent giebt nun die Forderungen bekannt, welche der Bergarbeiter-Verband aufgestellt hat, um die Wurmkrankheit wirksam zu bekämpfen. Es sollen im Ruhrrevier gegen 20 000 wurmkrank Vergleute vorhanden sein, es bedürfe eines halben Jahres, um die Untersuchung aller Vergleute durchzuführen. Nebenher glaubt garricht, daß die Untersuchungen in der oben angegebenen Zeit beendet sein würde und greife, während die Untersuchung in launseliger Weise geführt würde, die Krankheit immer mehr um sich, bis schließlich alle Vergleute davon infiziert sein können. Die Bergarbeiter müßten sich mit allen Kräften gegen die herrschenden Verhältnisse wehren. Die eigentlich schuldigen müßten an den Pranger gestellt werden. Es müßten bessere sanitäre Verhältnisse geschaffen werden, damit die miserablen Zustände endlich aufhören. (Beifall.)

Nach einer regen Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde folgende, vom Referenten empfohlene Resolution einstimmig angenommen:

Die 14. Generalversammlung des Verbandes deutscher Vergleute erklärt:

Die erschreckende Zunahme der Krankheiten unter den Vergleuten, insbesondere die zur Zeit unangeseht weiter um sich greifende Wurmkrankheit, zwingt gebieterisch zum Bruch mit dem heutigen System der Grubenwirtschaft und der Arbeiterausbeutung. Eine jahrzehntelange Erfahrung hat unstreitig bewiesen, daß es den staatlichen Kontrollorganen und den erlassenen Vorschriften nicht gelingt, Gesundheit und Leben der Bergarbeiter zu schützen. Die Krankheiten nehmen rapide zu, die Unfallziffer steigt fortwährend.

Durch die mehrfachen, einwandfreien Erhebungen des Bergarbeiter-Verbandes ist festgestellt, daß die zahlreich erlassenen sogenannten Arbeiterschutzvorschriften gerade in ihren wesentlichsten Teilen nur auf dem Papier stehen, praktisch also unwirksam sind.

In Vertretung der speziellen Berufsinteressen nicht nur, sondern auch in Wahrung des Gemeinwohls fordert die Generalversammlung ein schleuniges Eingreifen der Reichsregierung zum Schutze des außerordentlich bedrohten Bergarbeiterstandes. Als unumgänglich notwendig fordern wir hinsichtlich der Wurmkrankheit als Konsequenz der Reichs-Seuchengesetzgebung sofortigen Erlass einer bundesrätlichen Verordnung, welche ausnahmslos für alle deutsche Bergarbeiter vorschreibt:

1. Schleunigste und sorgfältig durchgeführte Untersuchung zunächst aller Arbeiter in sämtlichen Kohlengruben des Reiches, dann der anderen Grubenarbeiter, um den wirklichen Umfang der Seuche zu ermitteln. Ausweisung aller wurmkranken Arbeiter aus dem unterirdischen Betrieb, ihre Verschickung über Tage, sofern ihre Erkrankung es noch zuläßt. Energische Vorkehrungen gegen die Weiterverbreitung der Seuche innerhalb der Bezirke und Abwehrmaßnahmen gegenüber den verheerenden ausländischen Grubenbezirken.

2. Einrichtung geräumiger Brausebäder mit zugehörigen Wannen, Schließkammern und sorgfältiger Kleidertrodung.

3. Auffstellung von undurchlässigen, transportablen, stets desinfizierten Abortkubeln in ausreichender Zahl; ihre Entleerung ist von eigens anzustellenden Wärttern gewissenhaft zu betriebsmäßig zu führen.

4. Gründliche Desinfektion der Gruben, in denen Wurmkrankheit ermittelt sind.

5. Beschaffung von gutem Trinkwasser für die unterirdische Belegschaft. Strenges Verbot des Trinken aus der Veriefelung.

6. Wo geriebelt werden muß, darf dies unter keinen Umständen mit Sumpfwasser geschehen.

7. Der Wundebort hat die Seuchenbekämpfung als seine Aufgabe zu betrachten; den bisherigen werksseitigen „Bekämpfung der Wurmkrankheit“ ist das Handwerk zu legen.

8. Alle in Folge der Seuchenbekämpfung entstehenden, nicht aus Reichsmitteln gedeckten Kosten, sind den Werksbesitzern allein aufzuerlegen (eventuell in Form einer speziellen Umlage). Unter keinen Umständen ist noch weiter Geld aus den Knappschaftskassen für die Kostendeckung zu entnehmen. Die Werksbesitzer haben durch ihre gemeinschaftliche Praxis das Unheil so tief anwachsen lassen, daher ist es ein schreiendes Unrecht, die verheerenden Arbeiter auch noch in ihrem Taschengeld zu schädigen.

Ferner fordern wir von der Reichsregierung die Inangriffnahme einer wirklich zeitgemäßen Bergarbeiter-Schutz-Gesetzgebung, welche für alle Bergbau im Reich festlegt:

1. Achtstündige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt; vor Arbeitsorten, an denen eine Temperatur von über 28 Grad Reaumur herrscht, ist nur die Sechsstundenschicht gestattet.

2. Kinder unter 18 Jahren dürfen zur unterirdischen Arbeit nicht zugelassen werden.

3. Ganzliches Verbot der Frauenarbeit auf Gruben und Nebenanlagen.

4. Anstellung von Hilfsinspektoren aus den Reihen der praktischen Arbeiter; die Hilfsinspektoren müssen von der Belegschaft gewählt und vom Staate besoldet werden.

5. Sanitäre Einrichtungen auf den Werken zum Schutze der Arbeitergesundheit nach Maßgabe der bezüglich der Bekämpfung der Wurmkrankheit erlassenen Vorschriften.

6. Reformierung bzw. Vereinheitlichung des Knappschaftswesens nach den in der speziellen Eingabe unseres Verbandsvorstandes aufgestellten Grundzügen.

Sofern die Reichsregierung vorstehenden Forderungen einer schwerbedrohten Arbeitergruppe Rechnung trägt, dem neuen Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf vorlegt und für seine Annahme ihre ganze Autorität einsetzt, wird unsere Kameradschaft vor der völligen körperlichen Ruinierung geschützt. Ein Andauern der jetzigen schreienden Missetände wäre ein blutiger Hohn auf unsere vielgerühmte Kultur, und würde sich schwer rächen am Volkswohl.

Eine zweite Resolution protestiert gegen das Anstehen der Forderungen, die Kosten der ärztlichen Untersuchung auf Wurmkrankheit den Bergarbeitern aufzubürden und erucht den Verbandsvorstand zur Wahrung der Interessen der Bergarbeiter die nötigen Schritte bei den Oberbergämtern zu thun. Die Resolution wird angenommen. Zur Annahme gelangt ein Antrag, nach welchem wurmkranken Vergleuten in den Tagen ihrer Krankheit der volle Lohn als Krankengeld gezahlt werden soll. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die nötigen Schritte zu thun.

Rum wird zur Wahl des Vorstandes geschritten. Per Acclamation wurden gewählt: 1. Vorsitzender: H. Sachse, 2. Vorsitzender: Ludwig Schröder, 1. Kassierer: Paul Horn, 2. Kassierer: F. Gulemann, 1. Schriftführer: J. Meyer, 2. Schriftführer: Armbrust. Die Redakteure Hus und Leimpeters wurden wiedergewählt.

Die nächste Generalversammlung soll in Städtgen (Schamberg-Lippe) stattfinden. Es folgen dann die üblichen Schluß- und Dankesreden, worauf der Vorsitzende Sothe die Generalversammlung mit einem herzlichen „Glück auf!“ schloß.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Brüssel, den 8. Juni 1908.

Die Nachmittags-Sitzung am Dienstag wird eröffnet mit der Diskussion über die Wahlen von Arbeitervertretern zum Parlament.

Edwards (England) eröffnet im Namen der englischen Delegation die Debatte. Er sagt: Man hat uns in England Vorwürfe gemacht, daß wir keine selbständige Vertretung im Parlament haben und nicht unabhängig von den bürgerlichen Parteien in den Wahlkampf ziehen. Ein großer Teil dieser Kritiken wäre wohl nicht gemacht, wenn man gewußt hätte, daß in England die Wähler, in diesem Falle unsere Gewerkschaft, die Wahlkosten tragen müssen, die für einen Kandidaten schon 10 bis 15 000 Schilling betragen. Ueber die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer eignen Parlamentsvertretung sind wir einig. Auch sind wir überzeugt, daß unsere Erwählte ihre Posten nicht wie die Bürgerlichen von heute zum Vorteil ihrer Klasse und Verwandtschaft mißbrauchen, sondern das Interesse der Allgemeinheit wahren werden. Nur die Arbeiterabgeordneten können noch das Parlament zu einem nützlichen Faktor ausbauen. Wir haben schon seit vielen Jahren eine kleine Anzahl Abgeordneter, die wir besolden. Ihre Aktionen hatten keinen Erfolg zu verzeichnen, weil sie nur ein winziges Rähnlein gegenüber den Vertretern der Bourgeoisie darstellen. Um ihre Zahl zu stärken, hat der letzte Kongress die Schaffung eines Wahlfonds beschlossen. Hierzu muß jedes Mitglied unter Jöberation jährlich einen Schilling leisten. Die Gesamtsumme dieser Beiträge beläuft sich jetzt schon auf 300 000 Schilling. Die Verstärkung dieses Fonds giebt die Möglichkeit, eine respectable Zahl von Bergarbeiter-Abgeordneten ins Unterhaus zu senden. (Lebhafter Beifall.)

Der deutsche Delegierte erklärt, daß die deutschen Arbeiter auf besondere Bergarbeiter-Kandidaturen verzichten, da die Sozialdemokratie mit aller Energie und zu vollster Zufriedenheit die Interessen der Bergarbeiter vertritt. Als Gewerkschaftsmitglieder können wir in Punkt Wahlen keine Stellung nehmen. Aber wir sind als Staatsbürger parteipolitisch organisiert und als solche sind wir Sozialdemokraten und unterstützen die Sozialdemokratie. (Beifall.)

Manjard-Belgien freut sich, daß gerade die englischen Bergarbeiter uns verpflichtet wissen wollen, unabhängige Politik zu treiben. In gewerkschaftlicher Beziehung sind die Engländer unsre Meister; in politischer Beziehung lieben sie alles zu wünschen übrig. Kur-gewerkschaftliche Vertretung und Organisation führt uns von Sieg zu Niederlage, von Niederlage zu Sieg, aber bringt nichts Dauerndes für die arbeitende Klasse. Etwas Gründliches kann nur dadurch geschaffen werden, wenn wir uns gewerkschaftlich betätigen und die Politik nicht lassen. Was die Kandidatenfrage anbetrifft, so sind wir indifferent. Ob der Kandidat Schloffer oder Bauer oder Mineur ist, ist uns gleich. Nur, er muß überzeugter Sozialist sein. (Stürmischer Beifall.) Würden die Bergarbeiter der andern Länder auch so entschlossen wie wir für die Sozialdemokratie eintreten, dann würde bald über allen Distrikten der Kohlenindustrie die Fahne der Sozialdemokratie wehen. (Lofender Beifall.)

Cordier (Frankreich): Die deutsche Sozialdemokratie hat Anerkennungswertes für die Arbeiter geleistet. Die Opfer, welche die deutsche Arbeiterklasse für eine selbständige Parlamentsvertretung bringt, rufen unser Erstaunen und Achtung wach. Wenn alle Arbeiter den deutschen nachhaken, würden wir unsern Ziele bedeutend näher sein.

Beinger (Österreich): Ich verstehe nicht recht die Bedeutung dieses Punktes. Man verlangt Arbeiterkandidaten für Parlamentswahlen. Sollte dies eine Losrennung von der Sozialdemokratie heißen, erklären wir uns mit lebhafter Energie gegen die Resolution. Bei uns ist Arbeiterkandidat und Kandidat der Sozialdemokratie gleichbedeutend. Wollen die Engländer die Unterstützung der letzteren, so stimmen wir dem freudig zu. Wir würden damit nur das alte Gelübnis erneuern, unentwegt für den Sozialismus zu streiten, bis zu dessen endlichem Sieg. (Anhaltender Beifall.)

Die Resolution der Engländer wird hierauf einstimmig angenommen. Die Bekanntmachung dieses Resultats reizt den Kongress zu stürmischen Beifallsbekundungen hin.

Mittwochs-Sitzung.

Schröder (Deutschland) präsidiert und giebt die eingelaufenen Begrüßungsschreiben zur Kenntnis.

Punkt 4. Altersversorgung der Bergarbeiter lag folgender Antrag vor: Der Kongress verpflichtet die Organisationen aller Länder, auf die Schaffung einer Altersversicherung für die Bergarbeiter hinzuwirken.

Marville (Belgien) verbreitet sich über die Situation in Belgien: Hier bestand keine Einrichtung, die den alten Bergarbeitern einige Notgroßen gab, es sei denn, man will die von einigen Gruben-gesellschaften organisierten Hilfskassen, die kaum dem Namen nach bekannt, als eine solche ansehen. Vor drei Jahren gab die Regierung dem Arbeiter, die über 65 Jahre alt sind, 65 Fr. pro Jahr = 18 Gld. pro Tag. Dies ist alles. Wiederum liegt ein entsprechendes Projekt in der Kammer vor, das von den sozialistischen Abgeordneten eingebracht ist. Es ist aber nicht viel Hoffnung vorhanden, daß die bürgerliche Majorität diesem zustimmt.

Der deutsche Delegierte giebt eine kurze Schilderung des deutschen Knappschaftswesens. Diese Schilderung läßt einen englischen Delegierten erklären, daß das deutsche Versicherungswesen am besten in militärischer Disziplin organisiert sei. Aber was man den Arbeitern gebe, sei nicht mehr als ein Almosen, das jeder Staat leisten müsse auch ohne spezielle Beitragsleistung der Arbeiter, wenn er seine Arbeitsskaffen über Wasser und zur Disposition halten wolle. Und dieses müsse jeder Staat, wenn er existieren wolle.

Vordau (Frankreich): In Frankreich ist es seit dem letzten Generalstreik etwas besser geworden. Die Gruben-Compagnien haben Kassen eingerichtet. Sie erheben zum Beispiel im Pas de Calais von den Arbeitern 3 Proz. des Lohnes als Beiträge und zahlen unter gewissen Bedingungen bis zu 500 Fr. Rente per Jahr. Aber ein großer Teil der Mineure können dieser nicht teilhaftig werden. Um hier Remedur zu schaffen, hat das Parlament ein Gesetz votiert, das die Auswertung von alljährlich einer Million Franken vorseht. Diese Summe soll dazu verwandt werden, denen, die, obwohl 55 Jahre alt, die Pension aus irgend einem Grunde nicht erhalten, eine solche zu geben und andererseits zur Erhöhung der niedrigen Pensionen dienen. Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme der Resolution.

Die französische Delegation beantragte ein Amendement zum 9. Punkt (Wurmkrankheit). Die Diskussion über die Zulassung desselben nimmt so ziemlich die ganze Nachmittags-Sitzung in Anspruch. Schließlich gaben sich die Antragsteller mit dem im Druck vorliegenden Antrag der Deutschen zufrieden, da dieser den allseitigen Wünschen am besten Rechnung trage.

Der Kongress einigte sich über die Annahme folgender Resolutionen ohne jede Diskussion:

Der Kongress erklärt sich für die Verstaatlichung aller Minen. In den Ländern, wo die Minen in der Theorie Eigentum des Staates sind, darf keine Konzession mehr an Gesellschaften oder Privatpersonen erteilt werden.

Die Sekretäre der diversen nationalen Bergarbeiter-Organisationen haben fortlaufend Berichte über die Produktion und Preise der Kohle, und über die Löhne und Arbeitslosigkeit dem internationalen Sekretär zuzusenden.

Die folgende Resolution wurde von den Engländern und Belgiern angenommen:

Der Kongress erhebt auf neue die Forderung nach Hilfsinspektoren, die aus den Reihen der Arbeiter zu nehmen und vom Staate zu besolden sind.

Die Franzosen, Östreicher und Deutschen enthalten sich der Abstimmung. Die ersteren, weil das in der Resolution Gewünschte in Frankreich schon existiert und die andern, weil die Engländer streng darauf bestanden, daß der Passus: „Die Hilfsinspektoren sind von den Arbeitern zu ernennen“, nicht in die Resolution aufgenommen wurde.

Am Schluß der Sitzung giebt die Direction der „Raison du Peuple“ bekannt, daß sie einen Kommerz zu Ehren der Delegierten auf Donnerstagabend anberaunt habe und alle Delegierte dazu einlade. Dieser Einladung Folge zu leisten, verpflichtet der Präsident Schröder im Namen des Kongresses.

Sociales.

Von der Errichtung zweier neuer Volkshilfsstätten berichtet der „Reichsanzeiger“. Die eine, eine Tageserholungsstätte für gemessene Männer, soll in der Nähe von Hannover errichtet werden, die andre, für lungentranke Frauen bestimmt, in der Nähe von Landeshut in Schlesien. Zu dem letzten Projekt sagt der „Reichsanzeiger“:

„In Anbetracht des Umstandes, daß gerade in Schlesien die Lungentuberkulose unter der weiblichen Bevölkerung in Folge der schlecht lohnenden Hausindustrie viele Opfer fordert, wäre es sehr zu beklagen, wenn das Vorhaben nicht zu gutem Ende gebracht werden könnte.“

Das Erkenntnis des amtlichen Organs, daß die Lungentuberkulose eine Folge der schlecht lohnenden Hausindustrie ist, ist immerhin schon recht lobenswert. Heißt es denn nicht aber, das Werk beim Schwanz aufzunehmen, wenn man trotz dieser Erkenntnis Tuberkuloseheilstätten schafft, statt durch Beseitigung der Hausindustrie und Schaffung zweckentsprechender Wohn- und Arbeitsräumlichkeiten sowie bessere Entlohnung Tuberkulose-Verhütung zu betreiben?

Der britische Genossenschaftskongress.

London, 2. Juni. (Fig. Ver.) Der 35. Kongress der Genossenschaften Großbritanniens und Irlands wurde gestern in Doncaster eröffnet. Es sind über 1300 Delegierte aus allen Teilen des Landes anwesend. Der Vorsitzende, Mr. J. Shillito aus Halifax, sagte in seiner Eröffnungsvorrede: „Das Genossenschaftswesen hat viel zur Hebung der Lage des Volkes beigetragen und wird in Zukunft noch viel mehr leisten können, wenn die Genossenschaftler ihre Macht und ihren Einfluß gebrauchen werden. Die Anschaffung und Verteilung von reinen, unverfälschten Nahrungsmitteln ist sicherlich ein Unternehmen, auf das man stolz sein darf; aber unsere Bemühungen müssen auch darauf gerichtet sein, die Gesundheit und den Wohlstand des ganzen Gemeinwesens zu fördern. Genossenschaftler sollten stets in den vordersten Reihen des Fortschritts sein und vor allem sich bemühen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Etwa 75 Proz. der Bevölkerung von England und Wales leben in Städten und in Berufen, die eine ganze Reihe von Krankheiten erzeugen. Die große Mehrheit der Arbeiterklasse nimmt um 25 Proz. weniger Nahrung zu sich, als zur Erhaltung ihrer Tüchtigkeit nötig wäre. Rücksichtslose Ausbeutung herrscht im Lande wie je zuvor, obwohl die Fabrikgesetzgebung viele Härten beseitigt hat. Die zunehmende körperliche Entartung der Arbeiterklasse ist eine Tatsache, die die größte Aufmerksamkeit der Regierung und des Landes verdient. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Trades-Unions sich vorwärts bewegen und für eine größere parlamentarische und municipale Vertretung sorgen. Es ist zu hoffen, daß das erwachte politische Interesse zu einer Verbesserung der Arbeiterlage führen werde. In allen Ländern, wo die arbeitende Klasse zu einem wichtigen Faktor im öffentlichen Leben geworden, hat sich das Lebensniveau gehoben und die Zahl der Armen und Dürftigen verringert. ... Die Genossenschaftler können sich mit der Distribution der Waren nicht begnügen. Die Produktion muß immer mehr in die Hand genommen werden. Nach meiner Erfahrung ist die Tendenz hierzu unter den Genossenschaften ziemlich stark. Schließlich ist es nötig, unsere Jugend über die Grundzüge des Genossenschaftswesens zu unterrichten.“

Unter den gestern angenommenen Resolutionen ist die über den bekannten Konflikt in den Schieferwerken von Bethesda die wichtigste. Wie des öfteren im „Vorwärts“ berichtet wurde, kämpfen dort an die zweitausend Vergleute um ihr Koalitionsrecht gegen Lord Penton. Der Kampf dauert schon dritthalb Jahre. Um den Arbeitern beizustehen, nahm der Genossenschaftskongress folgenden Antrag an: „Wir billigen den Plan der Gründung einer Gesellschaft, um gewisse Schiefergruben bei Bethesda zu erwerben und den kampfbereiten Vergleuten lohnende Beschäftigung zu geben.“

Anserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Anserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 5. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Der Barbier von Bagdad. — Zuvotte.

Schauspielhaus. Die Braut von Messina, oder: Die feindlichen Brüder.

Deutsches. Komma Donna.

Berliner. Der Bildhauer.

Vossing. Der blinde Passagier.

Westens. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Balle.

Neues. Der Herr Gemeinderat.

Westens. 100 000 Taler.

Central. Der Zigeunerbaron. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Die Here.

Thalia. Die schöne Ungarin.

Reines. Rastplatz.

Trionon. Die Rotbrüder.

Belle-Alliance. Die schöne Galathée. — Bunter Teil. — Des Löwen Erwachen.

Carl Weich. Das Geheimnis des roten Hauses.

Metropol. Reue! Allerneu! Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.

Passage-Theater. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.

Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Neu! Ein spiritistisches Rätsel, Enthüllungen über Anna Rothe. Neu! Der Gummimensch! Neu! Die Illusion „Auferstehung“. Neu! Karl Forschnerschön gen. Paganini redivivus, mit seiner Wiener Elitkapelle, grosse Promenaden-Konzerte.

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr. Carla Lingen in ihrem Repertoire. Erna Koschel. Josefina Delclieur. Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau! 14 erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder unt. 10 Jahr. d. Hälfte. In der Arena: Elefantmutter mit saugendem Baby, Sotland-Pony mit Fohlen. Sonnabend, 6. Juni: Erster Elitetag! 5 Kapellen, bong. u. elektrische Beleuchtung. Entree bis 11 Uhr 1 Mk.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Nachtasyl.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Abends 8 Uhr: Das Geheimnis des roten Hauses. Englische Sensationskomödie in 6 Bildern von Mrs. Hungerfeld. Im 6. Bilde: Der sensationelle Wasserflug. — Sonntagnachmittag 3 Uhr (Barrett 60 Pf.): Der Glöckner von Notre-Dame. — Im Garten: Neue Spezialitäten, Theater, Konzert. The Kiepeltz, Turnierläufer 3/4 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Tabstr. 58. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. !!! Berlin auf Stelzen!!! Sensations-Vorstellung mit neuer Ausstattung mit Willi Agoston und Klara Antonia. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Kaffeebrüche von 3 Uhr ab geöffnet Abends 9 1/2 Uhr: Das Gänsegeschel

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Direktion: M. Kalbo. Täglich: Das Bild der Mutter. Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter. Konzert und Ball. Künftigen ersten Nachtaktionen. U. a.: Ada Marcell, Schröder u. Dentor, Relampagos Troupe: Ovgard.

Sansouci.

Täglich im Garten: Hoffmanns Norddeutsche Sängers. Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr. Wochentags: Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr. Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Soliree: Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Drama in 1 Akt v. D. G. Hartleben. Der grüne Kakadu. Grotteske in 1 Akt von A. Schnitzler. Sonnabendabend 8 Uhr: Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Hexe. Trauerspiel in 5 Aufz. v. H. Bügner. Sonnabendabend 8 Uhr: Wohlthätige Frauen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Kabale und Liebe. Sonntagabend 8 Uhr: Im weissen Rössl. Im Garten täglich Konzert.

Max Klieb's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: 17182* Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeebrüche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. In den Sälen: Familien-Kränzchen.

Schweizer-Garten. Friedrichshain.

Täglich Theater-Vorstellung. 14 Lustspiel- und Possen-Novitäten. Neues Artisten-Programm. Jeden Abend 10 1/2 Uhr. Das Allerweltsgenie. Große Feste mit Gesang und Tanz in 2 Bildern. Täglich: Ball. Volkseinstellungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Ausstellung für Gärungsgewerbe

Berlin N., Seestr. Institut für Gärungsgewerbe, mit besonderer Berücksichtigung der Kartoffel-Verwertung und der Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken. Spirituskocher, Spirituslampen, Spiritusmotoren. Vom Freitag, den 29. Mai, bis Sonntag, den 7. Juni. Geöffnet täglich von vormittags 9 bis abends 8 Uhr. Täglich von 5 bis 6 Uhr populärer Vortrag im gr. Hörsaal der Ausstellung. Eintrittspreis: 0,50 M. Sonn- und Festtags: 0,30 M.

Westend-Charlottenburg.

„Zur Hoftrappe“, Spandauer Berg. Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee. Haltestelle der Straßenbahn. 15002* Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz. Kaffeebrüche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Es ladet ergebenst ein Karl Klambunde.

WINTERGARTEN

Neues Programm. Agnes Säter, norweg. Soubrette. Miss Volana, Schulleiterin. Ellmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett. Jim und Jam, komische Akrobaten. Die Bisoras, weibl. Trompetercorps. Urbani u. Sohn, akrobat. Produktion. Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin. Diana, amerik. Spiegel tänzerin. Adele Moraw, Soubrette. Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“. Allison-Truppe, Ikarische Spiele. „Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert. Biograph.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater

früher Puhlmann. Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Heute, sowie täglich: Das kolossale Juni-Programm: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Um 8 Uhr: Das humorvolle Volksstück: Zur rechten Stunde. Sonnabend, den 6. Juni: Gr. Extra-Familien-Abend. Wiederholung der Pfingst-Fest-Vorstellungen. Die Kaffeebrüche ist täglich von 3-6 geöffnet. Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Theateraal statt.

Damenuhren und Goldwaren

zum halben Preise im Ausverkauf des Uhrmacher Barth'schen Konkurslagers, Chaussee 21. 71681* Land 2 Mark. südwestlicher Borort, Wochenabgabeung. Parzelle 60 1/2 Hekt. 300 Mark, nur mündlich, verläuft Hinsche, Wilmannsstr. 4. 10132*

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstr. 69. Neuerscheinungen unsres Verlages: Die Kaiserreden im Reichstag und die Sozialdemokratie. R. 0,20 Der Umsturz im Reichstag, eine Darstellung der Kämpfe um den Reichstag nach dem amtlichen Programm. R. 0,20 Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Central-Verbandes deutscher Industrieller, herausgegeben im Auftrag des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie. R. 0,20 Zeitungs Fremdwörter und politische Schlagwörter, verbeuglich u. erläutert v. Dr. H. Braun. R. 0,25 Die Frauen und die Politik von Lily Braun. R. 0,20 Christliche Arbeiterpflichten, jeuitliche Fragen und sozialdemokratische Antworten. R. 0,20 Die agrarische Gefahr, eine Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Macht und letzten Ziele, von Paul Gödere. R. 0,20 Sozialdemokratie und Centrum, von H. Bebel. R. 0,20 Winke für die Reichstagswahlen. R. 0,10 Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie, von Karl Kautsky. R. 0,30 Eugen Richters Sozialisten-Büchel: die Wahlforderungen der Arbeitergesellschaft Fortschritt. R. 0,20 Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern, wor sie gibt und wem sie nützen. R. 0,10 Wen soll der Arbeiter wählen? Ein Wahlaufruf an die Arbeiter in Stadt u. Land, v. H. Falder. R. 0,10 Der Nordmarcher Fischer im Lichte der Wahrheit. R. 0,05 An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt! R. 0,05 Rote Wahlen 1903, eine politische, durch geniale Künstlerhand prächtig ausgeschaltete Flugchrift. R. 0,10

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges und treues Mitglied Carl Petigk Cranienstr. 2 am 2. d. Mts. nach langem Krankenlager im Alter von 43 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs im Brig aus statt. Um rege Theilnahme bitten Die Verbandsleitung.

Emilie Peters geb. Stolze

im 52. Lebensjahre. Um stille Beileid bitten Fritz Peters und Tochter Frieda Peters. 1777b Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags um 6 Uhr, von der Leichenhalle der Giesemann-Gemeinde, Nordenb., aus statt.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Nachruf: Am 23. Mai d. J. starb nach langen Leiden unser treues und langjähriges Mitglied Gottlieb Reschke Körnerstr. 20 im Alter von 44 Jahren. 187/15 Ehre seinem Andenken! Die Verbandsleitung!

Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Nachruf. Am 30. Mai verstarb in seiner Heimat unser Mitglied, der Schuhmacher Heinrich Richter an der Proletarierfreiheit. Ehre seinem Andenken! 250/8 Der Vorstand.

Herren-Kragen.

reineinen, garantiert 4fach, verschiedene Facons in allen Weiten, Stille 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. Geschlossene Kragen per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. Manschetten, Prima, garant. 4fach 1/2 Dutzend 1,80 Mk., Oberhemden, Servietten, Krawatten, in größter Auswahl, Trikotas, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Einkaufspreisen. Ernst Marcuse, Wilmstr. 23.

Erfindungen.

neue Ideen werden gesucht. Dfr. nur aus erster Hand unter Erfinder, Postamt 19. 1770b

Franz Beyer,

Berlin N., Chausseestrasse 103, empfiehlt 14672* Maltrank, Himbeersaft, sämtliche Arten Weine, Liqueure, Cognac, Rum etc. zu Engrospreisen.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Englisch. Unterricht

in und außer dem Hause (Eingel- oder im Circle) erteilt 10002* G. Swienty geb. Liebknecht, Schöneberg, Sedanstr. 57, III. Empfehlung allen Freunden u. Bekannten mein Weis, Bayrischbier und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 30-50 Personen. H. Stramm, Hekt., Ritterstr. 123.

Charlottenburg. F. Kunstmann

Wallstr. 1. Uhrmacher und Goldarbeiter. Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billigt.

Am 2. Juni entfiel unser geliebter Vater, Schwieger-, Großvater, Bruder und Schwager, der Böttchmeister 1776

Wilhelm Ressel

im vollendeten 73. Lebensjahre. Berlin, den 3. Juni 1903. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshöhe aus, statt.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges und treues Mitglied Carl Petigk Cranienstr. 2 am 2. d. Mts. nach langem Krankenlager im Alter von 43 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs im Brig aus statt. Um rege Theilnahme bitten Die Verbandsleitung.

Emilie Peters geb. Stolze

im 52. Lebensjahre. Um stille Beileid bitten Fritz Peters und Tochter Frieda Peters. 1777b Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags um 6 Uhr, von der Leichenhalle der Giesemann-Gemeinde, Nordenb., aus statt.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Nachruf: Am 23. Mai d. J. starb nach langen Leiden unser treues und langjähriges Mitglied Gottlieb Reschke Körnerstr. 20 im Alter von 44 Jahren. 187/15 Ehre seinem Andenken! Die Verbandsleitung!

Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Nachruf. Am 30. Mai verstarb in seiner Heimat unser Mitglied, der Schuhmacher Heinrich Richter an der Proletarierfreiheit. Ehre seinem Andenken! 250/8 Der Vorstand.

Herren-Kragen.

reineinen, garantiert 4fach, verschiedene Facons in allen Weiten, Stille 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. Geschlossene Kragen per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. Manschetten, Prima, garant. 4fach 1/2 Dutzend 1,80 Mk., Oberhemden, Servietten, Krawatten, in größter Auswahl, Trikotas, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Einkaufspreisen. Ernst Marcuse, Wilmstr. 23.

Erfindungen.

neue Ideen werden gesucht. Dfr. nur aus erster Hand unter Erfinder, Postamt 19. 1770b

Franz Beyer,

Berlin N., Chausseestrasse 103, empfiehlt 14672* Maltrank, Himbeersaft, sämtliche Arten Weine, Liqueure, Cognac, Rum etc. zu Engrospreisen.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Englisch. Unterricht

in und außer dem Hause (Eingel- oder im Circle) erteilt 10002* G. Swienty geb. Liebknecht, Schöneberg, Sedanstr. 57, III. Empfehlung allen Freunden u. Bekannten mein Weis, Bayrischbier und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 30-50 Personen. H. Stramm, Hekt., Ritterstr. 123.

Charlottenburg. F. Kunstmann

Wallstr. 1. Uhrmacher und Goldarbeiter. Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billigt.



II. Wahlkreis.

Freitag, 5. d. M., abds. 8 Uhr, in der Berliner Bockbrauerei (Tempelhoferberg):

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien. Referent: Genosse August Hebel.
2. Freie Diskussion.

Die Gegner sind durch Säulenanschlag geladen. Um recht zahlreichen Besuch erbeten.

Das Wahlkomitee.

III. Wahlkreis!

Wählerversammlungen

Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr:

1. im „Dresdener Kasino“, Dresdenerstraße 96.
2. in „Dobersteins Gesellschaftshaus“, Prinzenstraße 94.

Tagesordnung: Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referenten: Dr. Carl Freudenberg, Reichstags-Abgeordneter Südekum-Nürnberg und unser Kandidat Wolfgang Heine.

Zahlreichen Besuch von Wählern aller Parteien erwartet

Das Wahlkomitee.

Handlungsgehilfen!

Freitag, 5. Juni, abds. 9 Uhr, in der Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112:

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Georg Bernhard über:

Wen wählen wir bei den kommenden Reichstagswahlen.

Nach dem Vertrage freie Aussprache.

Zu dieser Versammlung sind alle Handlungsgehilfen, welcher Parteirichtung sie auch angehören, eingeladen.

Achtung, Rohrer!

Sonnabend, den 6. Juni, abends 8 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

Oeffentliche Versammlung der Rohrer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Die Antwort der Arbeitgeber auf den von uns eingereichten Lohnsatz.
4. Verschiedenes.

NB. Kollegen! Sorgt dafür, daß kein Rohrer in dieser für uns so wichtigen Versammlung fehlt.

Die Lohnkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

[Zahlstelle Berlin.]

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die Bezirks-Sitzungen statt.

Montagabend: Kommissions-Sitzung. Der Obmann.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 7. Juni, vormittags 11 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (Saal I).

Tages-Ordnung: Vereins-Angelegenheit.

Beiträge werden nur von 9^{1/2} bis 10^{1/2} Uhr angenommen. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Dampferpartie findet am Montag, den 13. Juni, nach Strandschloss Müggelsee statt. Billets sind in der Versammlung und in den Zahlstellen zu haben.

Jedes 5 Pfennig.

Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

- Restaurations- und Geschäftsbüro, billig zu verkaufen Charlottenburg, Postlokalstr. 22. 1533
- Gartenschere Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137
- Hochdruckpumpe Herrenanzüge, Sommerpaletots, Bekleidungsartikel, billige Stoffen herrschaftlich, verkauft täglich Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Etage. 1732
- Krawattenhülle große Auswahl, Maltheaterstr. 30. 1655
- Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etwa 25 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Bernauerstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.
- Teppiche (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Deuna, Godescher Markt 4, Bahnhofsstr. 90/10
- Teppiche mit Herdenfleckenfabrik, Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137
- Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Zuvallendstr. 143, Stallgerstr. 40. 1601
- Nähmaschinen! Ringel, Adler, Central, Bobbin, Deion (Holländisch), Bobbin, Bella, Lambourier, Clafie, Säulen- und Bleien-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Bellmann, Gollnowstr. 29, nahe der Landsbergerstr. 1653
- Pianos, gut erhalten, sofort veräußert Rittersstr. 120, 1. 106/16

Verschiedenes.

- Ringelmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstr. 29, nahe der Landsbergerstr. 1653
- Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Karl, Wheeler-Wilson 8 Karl, Bellmann, Gollnowstr. 29, nahe der Landsbergerstr. 1653
- Abwässererpumpen, Sauger, Rohre, Gartenströmer, Schläuche, billige, Schröder, Hochstr. 43. 1756
- Eiserne Wälzläden, Gartenische, Stühle, Pumpen, Sauger, Rohr, Laternen Kältenhofstr. 16 und 19.
- Steppdecken billigste Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137
- Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Karl, Verlaus Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1533
- Restaurations, gutgehend, sofort wegen Meinungs zu verkaufen. Zu erfragen Götlicher Hfer 24. 110
- Kinderwagen verkauft Eder, Strahmannstr. 25. 141
- Jacketanzug, Sommerpaletot, neu, Mittelgr., postbillig, Engel, Brenzlauerstr. 23, II. 91/15
- Möbelfabrik verkauft außerordentlich billig reell gearbeitete Möbel, Kuchenschrank 28,00, Säulenschrank 50,00, wunderschöne Garnituren, prachtvolle Sofas, Schlafzimmern, herrlich gezeichnete Küchenschränke, sowie vollständige Einrichtungen. Hirschowitz, Mariannenstr. 7a. 1682
- Geschäfts- und Handwagen, Wasserstr. 29, Schmeide. 1769
- Für Parteigenossen! Cigarrengeschäft nebst Fabrikation und Zahlstellen zu verkaufen. Adressen B. Postamt 31. 110

Arbeitsmarkt.

- 1711L* Sofastoffe. Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste, Moquettés, Plüsch, Satolntaschen. Muster bei näherer Angabe franco. Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.
- 1712L* Köpenick. Friedrich Augustin Grünstr. 53, empfiehlt sein Restaurant für Vereine und Gesellschaften. Für gute Speisen und Getränke wird bester Sorge getragen. Vorzüglicher Mittagstisch.

Stellenangebote.

- 1713L* Nebenverdienst, lohnender, jeder bis 10 Mark verdienen, täglich, reelle Ware. Offerten unter D. 4 an die Expedition des „Vorwärts“. 1743
- 1714L* Tüchtige Tischler auf gute Bauarbeit sucht Ernst Goffow, Berlin SW., Teufelstr. 58. 1767
- 1715L* Tüchtige Tischler verlangt Glühbirnen, Weihenstephan, Langhausstr. 5. 1117
- 1716L* Schriftführer verlangt Kalligraph, Kirdorf, Hermannstr. 205. 1150
- 1717L* Nagler, Stanger, Lehmer für Holzrahmen und Spiegel verlangt Holz, Dieffenbachstr. 33. 1778
- 1718L* Tüchtige Bauarbeiter verlangt Heiß, Dalldorfstr. 7. 1779
- 1719L* Glasergehilfen, tüchtigen, jüngeren Silber-Gemälde sucht Equipe, Dramenstr. 185. 1780
- 1720L* Einen Verwalter verlangen Silber u. Bernmann, Neanderstr. 4. 1781
- 1721L* Papierausarbeiter, nur erste Kraft, sucht bei hohem Lohn Konstantin, Neue Friedrichstr. 48. 91/14
- 1722L* Strickergehilfen verlangt Breitstr. 3. 1772
- 1723L* Gesucht ein tüchtiger Maschinist für Buchstaben und Facetten. Edelberg & Grobdecker, Alte Jakobstr. 91.
- 1724L* Redegewandte ruhende Damen und Herrenlohnender Kräfte, hohe Provision, verlangt Hennings, Büchingerstr. 9. 1765
- 1725L* Kürschnermeister in und außer dem Hause bei hohem Lohn verlangt Breitstr. 3. 1773
- 1726L* Vel. Maschinenmeister bei hohem Lohn verlangt Breitstr. 3. 1774
- 1727L* 50 Kostüm- und Arbeiterinnen, bessere Genres, in und außer dem Hause bevorzugt gesucht. Wenig, Streifenstr. 60 III. 1743
- 1728L* Tüchtige Maschinenmeister verlangt Glaser, Brangelstr. 80, IV. 110
- 1729L* Geübte Trägerin verdienen Hermann & Schmidt, Schönhauser Allee 164. 164

Verfälscher und Färbemacher werden sofort aufgenommen.

- Fischer & Co., Liptó Maluzina (Ungarn). 1741
- Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! 75/14
- Folgende Firmen sind geberet: R. Keller, Ringelbergstr. 4. Ad. Koch, Androsstr. 32. R. Nädiger, Grüner Weg 20. Zeller u. Pfaffen, Frankfurter Allee 117. Aug. Heinemann, Schulstr. 71. Th. Becker, Dramenstr. 189.
- Achtung! Die Pianofabrik „Erolka“, Köpcke, Str. 36, ist geberet. Zusatz streng fernzuhalten. Fachverein 141/10 der Musikinstrumentenarbeiter.
- Zug nach der Telephon-Werkstatt Seibl, Zeughofstr. 7, ist streng fernzuhalten von Tischlern, Maschinenarbeitern und Möbelpolierern. 81/15
- Achtung! Achtung! Drechsler! Zug nach der Werkstatt Voeltkow, Rittersstr. 15, ist fernzuhalten. 82/4
- Achtung! Parkettbodenleger! Sämtliche Bauten der Firma H. A. Mittag sind geberet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10^{1/2} Uhr, in Graumanns Gefäßfabrik, Nauystr. 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die fernere Gestaltung unseres Verwaltungswesens. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 34/18
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Jahrestuhlarbeiter.
Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (Saal 5):
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Der Abschluß des korporativen Arbeitsvertrages der Bauarbeiter und die Stellung der Jahrestuhlarbeiter. Referent: Kollege R. Wende.
2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 34/19
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Die Verbandsleitung.

Die „Gauerei des Unbewussten“.
Kann man betrogen werden, ohne es zu wissen? Zweifellos. Kann man aber auch betrügen, ohne es zu wissen? Schwerlich. Deshalb kann im Verkehre der einzelnen Personen von einem unbewussten Betrüge niemals die Rede sein; sondern wer betrügt, wird jedenfalls auch immer wissen, dass er betrügt.
Was aber zwischen den Einzelnen nicht möglich ist, ereignet sich im wirtschaftlichen Verkehre der Gesamtheit tagtäglich im allergrößten Masse, und doch gelangt der dabei angewendete Kniff den Betrügnern genau so wenig zum Bewusstsein, wie den Betrogenen. Im gesamten wirtschaftlichen Zusammenwirken der Menschen giebt es also in der That eine „Gauerei des Unbewussten“, wie Julius Hucks in seinem jüngst erschienenen Buche:
„Das Geld-Problem und die soziale Frage.“
Eine gemeinverständliche Darlegung der im heutigen Geldgebrauche steckenden Ursachen des sozialen Übels.
5. Auflage. Geheftet 6 M. Verlag von Mitscher & Röstel, Berlin. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, mit kriminalistisch-nationalökonomischer Genauigkeit nachweist. 4/17

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstr. 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Lützowstr. 18, Beulwitzstr. 18
Belle-Alliancestr. 107, Dramenstr. 31
Reinholdstr. 20, Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
6, 12, 15-90 M.
Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene. von 22,50 M. an.
10, 15, 21-75 M.
Teilzahlung gestattet. Bei größeren Raten Kassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorspar-Bereichs.

Restaurant Ernst Rentner.
Tegel, Berlinerstr. 87.
Den Berliner Parteigenossen und Ausflüglern bestens empfohlen.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 1366L*

Bergschloss-Restaurant Waidmannslust.
Schönstes Lokal an der Nordbahn.
5000 Personen fassend.
Allen Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 1394L*
Ferdinand Müller.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verfälscher und Färbemacher werden sofort aufgenommen.
Fischer & Co., Liptó Maluzina (Ungarn). 1741

Fünfter internationaler Kongress für angewandte Chemie.

Berlin, 4. Juni.

In der Sektion für Explosivstoffe sprach Herr Dr. Fischer, Gewerbe-Inspektor in Berlin, über „Unfallstatistik der Sprengstoff-Industrie und aus ihr sich ergebende Maßnahmen für die Betriebssicherheit“.

Vor allem möchte jedes einzelne Explosionsvorkommnis in viel weitgehender Weise zur Erlangung von Unfallverhütungsmaßnahmen ausbeutet werden als bisher.

In der Sektion für Chemie der anorganischen Produkte berichtete sich Professor Lunge, Jülich über den gegenwärtigen Stand der Schwefelsäure-Fabrikation.

Die Sektion für rechts- und wirtschaftliche Fragen in Verbindung mit der chemischen Industrie nahm u. a. einen Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Edwig Kay entgegen: Was soll an dem Gebiete der chemischen Industrie Gegenstand des Patentschutzes sein?

des nötigen auch dort schon die Umstände und Gefahren, welche Begleiterscheinungen der chemischen Industrie sind, zu gesetzlichen Maßnahmen.

Verichtigung. In dem gestrigen Bericht über „Stückstoff“ muß es im letzten Absatz fälschlich heißen: Calciumcyanamid, nicht Calciumlarbid.

Prozeß gegen die Pommernbank.

In der gestrigen Sitzung wurde zur Vernehmung eines Teiles der Mitglieder der sogenannten Pankonkommission geschritten, um die Höhe der Verluste festzustellen, die bei dem Zusammenbruche der Pommernbank entstanden sind.

Eine längere Erörterung zwischen Justizrat Dr. Sello und dem Zeugen Dr. Gerstel entspinnt sich alsdann über die Grundzüge, die bei den Schätzungen der Pankonkommission befolgt sind.

Sodann wird Geheimrat a. D. Linde vernommen, der Aufsichtsratsmitglied bei der Pommernbank und bei der Streichbank war.

Alsdann erstattet ger. Wäherrevisor Kruse das von ihm und dem ger. Wäherrevisor Huske abgefaßte Gutachten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Berliner Volksbrauerei, Tempelhofer Berg, eine große Wählerversammlung statt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Berliner Volksbrauerei, Tempelhofer Berg, eine große Wählerversammlung statt.

Dritter Wahlkreis. Achtung! Parteigenossen! Am Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, finden im Dresdener Casino, Dresdenerstr. 96, Referent Genosse Dr. Sadelum, Nürnberg; bei Döberstein, Prinzenstr. 94, Referent Genosse Dr. Curt Freudenberg, Wähler-Versammlung statt.

Handlungsgehilfen! Am Freitag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale der Victoria-Brauerei, Bülowstr. 111-112, eine öffentliche Versammlung statt.

Pankon. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung im ganzen Bezirk statt. Treffpunkt in folgenden Lokalen morgens 7 Uhr: Central-Treffpunkt Kochl. Kreuzstraße.

Schönwalde. Am Sonntag, den 7. findet im Lokale Liebenhagen nachmittags 3 Uhr eine große öffentliche Wählerversammlung statt.

Röhlsdorf. Hier tagt abends 6 Uhr eine große Wählerversammlung.

In beiden Versammlungen spricht Genosse Stadthagen über: „Wen wählen wir am 10. Juni?“

Waidmannslust und Umgebung. Am Sonnabend, den 6. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei A. Ruhn, Waidmannslust.

Dr. Lichterfeld. Alle Genossen, welche bereit sind, am Tage der Wahl zu helfen, werden ersucht, sich heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Richter, Chausseestr. 104, einzufinden.

Lokales.

Wie man Wahllokale mietet.

Zu den mancherlei Vorbereitungen, die der Magistrat für die bevorstehende Reichstagswahl zu treffen hat, gehört auch die Beschaffung der Wahllokale.

Zu den letzten Wochen sind nun eine große Zahl von besoldeten und unbesoldeten Kommunalbeamten damit beschäftigt gewesen, diese Wahllokale vorzunehmen, und es soll dabei mancher Tropfen Schweiges geflossen sein.

Am Freitag vor Pfingsten kam ein anderer Herr, der sich wiederum als Beauftragter des Magistrats bezeichnete.

Am Freitag vor Pfingsten kam ein anderer Herr, der sich wiederum als Beauftragter des Magistrats bezeichnete. Dieser Herr besichtigte das Lokal noch einmal und versicherte nachher, das Lokal gefalle ihm, es sei alles in Ordnung.

Am Freitag vor Pfingsten kam ein anderer Herr, der sich wiederum als Beauftragter des Magistrats bezeichnete.

Fahrpreis-Ermäßigungen für Schulfahrten will die Verwaltung der Hochbahn nur dann gewähren, wenn ein Sonderzug bestellt wird und mindestens 150 Schulkinder sich an der Fahrt beteiligen.

Forderlich. Eine Fahrpreis-Ermäßigung für einzelne Schulklassen von etwa 60 Kindern wäre hiernach ausgeschlossen, worauf auch von der Hochbahn-Verwaltung in ihrer Antwort ausdrücklich hingewiesen wird. Für den Besuch des Zoologischen Gartens durch die Schulen des Ostens und Südostens der Stadt ist die Frage der Fahrpreis-Ermäßigung wichtig, da die Benutzung der Hochbahn den Schulen einen großen Gewinn an Zeit brächte.

Der Fremdenzuzug nach Berlin anlässlich des diesjährigen Pfingstfestes war ein so gewaltiger, wie noch in keinem Jahre vorher. Wenn auch eine statistische Feststellung über den Fremdenverkehr nicht möglich ist, da der weitaus größte Teil der Besucher Privatlogis bei Verwandten und Bekannten genommen, so ist doch ein ungefähres Bild über den Verkehr aus den Zahlen der in den beiden Tagen vor dem Feste auf den hiesigen Bahnhöfen eingetroffenen Passagiere zu entnehmen. Hiernach dürften in Berlin und den anschließenden Vororten während der Feiertage an 400 000 Provinzialer gewirkt haben. Dieser ungewöhnlich starke Fremdenverkehr ist denn auch von wesentlichem Einfluss auf die Frequenz bei den Transportgesellschaften, die, wie wir bereits mitteilten, in den Pfingsttagen eine ganz außerordentliche Höhe erreichte und noch vorgestern und gestern ungewöhnlich stark war.

Der elektrische Probzug, der, wie gemeldet, seit dem gestrigen Donnerstag auf der Vorortstrecke Berlin, Potsdamer Ringbahn—Groß-Lichterfelde Ost verkehrt, wird bis zum 1. Juli nur vor mittags eingestellt werden und die genannte Strecke täglich siebenmal nach jeder Richtung hin zurücklegen. Vom Potsdamer Ringbahnhof fährt der elektrische Zug demgemäß ab: 5.10, 6.00, 6.50, 7.40, 8.30, 9.20 und 10.30 vormittags, von Groß-Lichterfelde ab: 5.35, 6.25, 7.15, 8.05, 8.55, 9.45 und 11.05 vormittags. Der elegante Wagenzug ohne Lokomotive und Dampfgeräusch erregte gestern auf seinen Fahrten ein gewisses Aufsehen; die Motoren funktionierten tadellos und die Fahrgäste äußerten vielfach ihre Anerkennung über die Vorzüge des elektrischen Betriebes, die sich namentlich durch schnelles Anfahren und Halten, ruhige Fahrt und erheblich geringeres Zuggeräusch angenehm bemerkbar machte.

Zum Inzest. Ueber das Ergebnis der gerichtlichen Leichenöffnung der Lina Hoffmann wird jetzt weiter bekannt, daß das ermordete Mädchen nicht bloß äußere, sondern auch innere tödliche Verletzungen erhalten hat. Der Brustkorb wurde ihm eingeknickt, so daß mehrere Rippenbrüche und auch innere Verblutung eintrat. Für die weiteren Nachforschungen nach dem Täter sind Verletzungen von Belang, nach denen die Ermordete in einem nicht so günstigen Richte erscheint, wie man bisher annehmen mußte. Es ist erwiehen, daß sie Verkehr mit schlechter Gesellschaft hatte. Ferner steht fest, daß sie nicht immer als zurückhaltendes und schüchternes Mädchen auftrat. Angehörige ihres Onkels Annowski ruhen auf dem Friedhof der Johannis-Gemeinde in der Jungfernheide. Diese besuchte sie öfter und sie war dort ziemlich bekannt. Leute, die hier wiederholt mit ihr in Verührung kamen, schildern sie als dreist und sogar als frech. Unter den Augen der Pflegeeltern mag sie sich also ganz anders gegeben haben, als ihrem wahren Wesen entsprach. Daher wohl auch die Verschlossenheit zu Hause. Die Bedeutung dieser Feststellungen für die weiteren Nachforschungen läßt sich noch nicht übersehen. Noch einmal sei auf das Wichtigste hingewiesen, die wünschenswerte Auffindung der Kleidungsstücke, namentlich des grauen Rockes mit Sammetband. Es haben sich schon verschiedene Zeugen gemeldet, die die Ermordete mit Männern zusammen gesehen zu haben glauben. Sie meinen sie nach der Photographie zu erkennen. Es wäre nun aber von der größten Bedeutung, diesen Leuten den Rod vorlegen zu können. Sie würden erst dann bestimmt sagen können, ob das Mädchen, das ihnen vorschwebt, Lina Hoffmann war. Auch für die Entlastung von Männern, die in Verdacht geraten, ist also die Auffindung der Kleidungsstücke äußerst wichtig. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß jemand, der durch Auffindung des Rockes usw. zur Ermittlung des Täters beiträgt, auch Anspruch auf einen Anteil an der Belohnung von 1000 M. hat. Das fehlende rechte Bein der Ermordeten ist wahrscheinlich am Sonntag bei Spandau im Wasser treibend gefunden worden. Spandauer Beamte haben sich nach dieser Ermittlung sofort daran gemacht, die Bewässer und Ufer noch einmal abzusuchen.

Selbstmord. Die Verletzungen einer ungeratenen Tochter haben die 46 Jahre alte Arbeiterfrau Ida Niegle geb. Koch aus der Landstraße Nr. 135 in den Tod getrieben. Die brave Frau, deren Mann sich seit einem Jahr in einer Nerven-Heilanstalt befindet, sorgte für sich und ihren drei Jahre alten Sohn durch Näharbeiten. Ihre 18-jährige Tochter, die in einer Fabrik arbeitet, hatte die elterliche Wohnung bereits verlassen, um ein ungebundenes Leben führen zu können, und wohnte für sich allein in der Gartenstraße. Dieses Mädchen stand nun in der vergangenen Woche vor Gericht unter der Anschuldigung, sich von Schmuckmachern unter falschem Namen Waren erschwindelt und weiter verkauft zu haben. Da ihr vier solcher Fälle nachgewiesen wurden, so erhielt die Angeklagte sechs Monate Gefängnis. Die Schande ihrer Tochter wollte die Mutter nicht überleben. Gestern nachmittag schickte sie ihren Sohn aus der Wohnung zum Spielen auf den Hof. Als der Kleine später vergeblich suchte, stieg eine Hausgenossin durch ein Fenster der im Erdgeschoss gelegenen Wohnung ein und fand Frau Niegle regungslos auf ihrem Bett liegen. Ein Arzt stellte fest, daß sie an Gift gestorben war. Auf einem Tisch fand man eine Flasche mit einem Rest von Zylol.

Kindesmord? Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde vorgestern abend auf dem Flur des Hauses Marienburgerstr. 47 aufgefunden und der Medizinalpolizei übergeben. Sie war schon ziemlich stark verwest und in eine abgetragene schwarze Jacke und Zeitungspapier eingewickelt.

Getrunken aufgefunden wurde in Plögensee ein Mann von etwa dreißig Jahren, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht. Der Unbekannte ist etwa 1,80 Meter groß, hat kurzgeschneittenen blonden Haar und einen blonden Schnurrbart und trug ein blaues Jackett mit Weste, blaue schwarze Beinkleider, ein graurot gestreiftes Pärchenhemd, graue baumwollene Strümpfe und schabhafte Schnürstiefel. In den Taschen fand man einen Korridorsschlüssel und ein Taschentuch mit weißer Schale.

Ein Leichenfund in Tempelhof, der gestern zu Gerichten von einem Mord-Veranlassung gab, ist jetzt bezüglich der Person des Toten aufgeklärt. Nach dem vorläufigen ärztlichen Gutachten liegt wahrscheinlich auch kein Verbrechen vor. Im einzelnen wird zu der Angelegenheit berichtet: Die 14 und 13 Jahre alten Arbeiterjöhne Klaus und Thiele sahen vormittags um 11 Uhr im Lindwerder Teiche, einem 20 Quadratmeter großen, mit Schilf bewachsenen Stüble hinter dem Garnisollazarett an der Ecke der Berliner- und Friedrich-Wilhelmstraße, die Leiche eines Mannes, die ungefähr mitten im Wasser lag. Auf ihre Anzeige bei der Ortsbehörde wurde die Leiche von der Tempelhofer Kriminalpolizei gelandet und von dem Schloßer Karl Bahn aus der Dorfstr. 32 als seines Vaters, des am 30. Oktober 1840 zu Mitten geborenen Weichenstellers August Bahn festgesetzt. Da die Leiche in der Gegend des linken Ohres eine zwei Centimeter lange, rassistende Wunde aufwies, so wurde die Berliner Kriminalpolizei benachrichtigt, von der sich der stellvertretende Chef Regierungsschreiber Dr. Lindenau und die Kriminalkommissare Weiland und Freitische mit dem Gerichtsarzt Dr. Schulz nach dem Fundort begaben. Dr. Schulz stellte fest, daß die Wunde nur durch die Haut, nicht tiefer geht. Andre Verletzungen wurden, abgesehen von einigen erst bei der Leichnung entstandenen, bei der vorläufigen Leichenbesichtigung nicht gefunden. Es wurde jedoch eine Obduktion angeordnet und die Leiche zu diesem Zwecke nach der Halle des Friedhofes gebracht, nachdem auch eine Rechtskommission vom Landgericht II am Fundort gewesen war. Bahn ist wahrscheinlich in der Trunkenheit in den Teich geraten. Der alte Mann lebte seit 13 Jahren im Ruhestand, nachdem er zuletzt Weichensteller auf dem Anhalter Bahnhof gewesen war, und wohnte bei seinem Sohne. Er hatte die Gewohnheit, so oft er seine Pension von 88,80 M. erhob, so lange zu trinken, bis er mit dem Anteil, den er für sich bezieht, fertig war. Am Sonnabend wurde ihm bei dieser Gelegenheit die Uhr

und etwas Geld gestohlen, daher ging er am ersten Feiertag ärgerlich wieder weg. In der Trunkenheit bekam er öfter Krampfanfälle. Am Sonntagabend sah man ihn noch in verschiedenen Wirtschaften in der Gegend des Teiches. Wahrscheinlich ist er dann in der Trunkenheit hineingelaufen und in einem Krampfanfall darin umgekommen.

In den Reihbergen tot aufgefunden wurde gestern morgen ein 55-jähriger Arbeiter Hermann Adolf Scheller, der sich obdachlos in Berlin aufgehalten zu haben scheint. Ein Gendarm aus Reinickendorf, der ihn fand, veranlaßte, daß die Leiche nach dem Schauhaufe gebracht wurde. Spuren äußerer Gewalt sind an ihr nicht bemerkbar. Der Mann ist wahrscheinlich vom Schläge gerührt worden, während er unter freiem Himmel übernachtete.

Das Passage-Theater hat in diesem Monat wieder eine Reihe erstklassiger Spezialitäten zu verzeichnen. Aus dem reichhaltigen Programm seien besonders hervorgehoben die Damen Karla Ringen mit ihrem Repertoire und Erna Koschel in ihrer Scene als Theateragentin, sowie Fräulein Hedwig Mora als Variationsängerin. Den humoristischen Teil vertreten Fräulein Josefine Delciseur als Käsefritze aus Schönholz und der Humorist Oskar Salchow. Tho Marinos (eine Dame, ein Herr) sind Aufzugnummern, die mit ihren elegant ausgeführten Tricks reichlichen Weisfall ernten, ferner die Kraft-Equilibristen Alfredo und der Jongleur Kelly. Zu alledem kommt noch der Riese Madonow und Aga, die schwebende Jungfrau, über die sich noch immer ganz Berlin den Kopf zerbricht.

Im Sportpark Friedenau werden am Sonntag, den 7. Juni die angelegentlichsten drei Dauerenrennen von Jimmy Michael, Alfred Görnemann, Fritz Rhyer, Bruno Salzman und Karl Käser bestritten. Jimmy Michael, welcher sich von seinem Sturz vollständig erholt und seine erstklassige Form schon in dem Kölner Dauerenrennen am 24. Mai gegen Kobl gezeigt hat, dürfte die Anziehungskraft des Tages sein. Interessante Kämpfe werden sich über die kurzen Strecken zwischen Jimmy Michael, Alfred Görnemann und Fritz Rhyer entwickeln, da wie bekannt Alfred Görnemann in dem Rennen gegen Vouhours und Demle am 24. Mai in Friedenau gezeigt hat, daß er jedem Tempo gewachsen ist.

Hus den Nachbarorten.

Wegen die „roten Schnapsbrüder“

wendet sich das Cirkular einer zum Sektionsführer der „Ordnungsparteien“ gewählten Ordnungshäule, das seiner lösslichen Unverschämtheit wegen verdient, in seinem vollen Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Ev. Hochwohlgebornen!

gestatte mir, unter Ueberzeugung eines Wahlauftrages ergebnis mitzuteilen, daß ich vor kurzer Zeit durch den Wahlauftrag der nationalgefinnten Parteien, insb. durch den Bürgerverein zur Leitung der VI. Sektion berufen bin.

In dieser Eigenschaft bitte ich die in meiner Sektion wohnenden Herren dringend, mit allen Kräften dafür einzutreten zu wollen, daß unser vortrefflicher Hammer an Stelle des roten internationalen Revolutionärs Gastwirt Zubeil, der die unverdiente Ehre hat, uns jetzt zu vertreten, in den Reichstag kommt. Es bedarf weniger 1000 Stimmen von 30 000, die nicht gewählt haben, um uns zum Siege zu verhelfen, und einen Triumph über die roten Schnapsbrüder und ihren Gastwirt zu erzielen, der sie dazu veranlassen könnte, in Charlottenburg und Niddorf Revolution zu machen, und gleich zu beweisen, wie es aussehen würde in ihrem Zukunftsstaat, wenn jemand anders Meinung ist. Die ungeheure Gefahr der Vermehrung der roten Reichsfeinde im Reichstag um noch 20 müßte jeden guten Deutschen anfeuern, sein Außerstes zu thun. Dazu gehört persönliches Wirken durch Agitation, durch Besuch der Versammlungen, durch Gewinnung von thätigen Parteigenossen am Tage der Wahl, am 16. Juni und Beiträge von Geld, damit immer wieder jeder auf seine Pflicht, auf die Wahlpflicht hingewiesen wird durch Flugblätter und Broschüren. Thun Sie was Sie können, wenn Sie noch nicht das Möglichste gethan haben. Es wird gewiß noch mehr möglich sein. Bitte Sie dringend, mitzuteilen, was Sie thun wollen und wen Sie vorschlagen können zur Gewinnung für die nationale Sache. Das Vaterland in Gefahr, dieser Ruf hat stets mit Gewalt das Germanentum aufgerüttelt, soll's auch jetzt thun gegen die Volksverderber und ihre verderblichen Führer die... Juden.

Völker, wahrer Eure heiligsten Güter, das sagt unser verehrter Kaiser in seinem Auftreten gegen die rote und goldene Internationale, gegen Geldsack und Faustrecht.

J. Alt, Vorsteher des landwirtsch. Instituts.

Der Verfasser des Cirkulars ist, wie aus dem Adressbuch ersichtlich, Direktor eines landwirtsch. Instituts für geschäftlichen Betrieb und Amtswesen. Was das eigentlich ist, vermögen wir im Augenblick nicht festzustellen. Jedenfalls sind die Gleben dieses Instituts um ihren feingebildeten Herrn Direktor zu beneiden. Daß man den Herrn J. Alt zum Leiter der VI. Sektion der Wahlorganisation berufen hat, beweist, daß wir es mit einem in bürgerlichen Kreisen angeesehenen Manne zu thun haben. Daß dieser Mann, diese Vertrauensperson des Ordnungskomitees, in seinem Cirkular so allerlei aus der Schule plaudert, ist höchst dankenswert. Der Herr Direktor spricht ja nur offen aus, was die Herren Prozentpatrioten überhaupt über die Klasse des Volkes, die Arbeiterklasse denken. Die 42 699 Wähler des Kreises Teitow-Weeslow, die 1898 beim ersten Wahlgang ihre Stimme für Zubeil abgegeben haben, sind den Herren Konservativen „rote Schnapsbrüder“. Ihr heutiger Kandidat, der Herr Malermeister a. D. und Rentier Hammer meinte zwar in einer Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises, zu den Herren aus dem Mittelstand gewendet: „Meine Herren, Sie wissen es ja selbst, wie schlecht man in der Großstadt mit 3600 Mark auskommen kann“; allein die Arbeiter, die bei einem nur halb oder den dritten Teil so großem Einkommen nicht mehr dulden wollen, daß die besitzende Klasse sie durch immer neue indirekte Steuern ausplündert und deshalb einen Socialdemokraten wählen, sind „rote Schnapsbrüder“. Der Herr Direktor Alt findet sich da mit seinen Parteifreunden zusammen mit dem Abgeordneten Arnim, der bei einer Glendtschuldnerung Weibels im Reichstag den berüchtigten Zwischenruf machte: „Der Vater wird wohl alles versoffen haben!“

Sehr hübsch macht sich auch die Aussicht des Herrn Direktors, daß bei einer Niederlage Zubeils die Arbeiter in Charlottenburg und Niddorf „Revolution machen“ würden. Dieser Gedanke, daß dann einmal kräftig mit blauen Bohnen unter die „roten Schnapsbrüder“ gepfeffert werden könnte, bereitet augenscheinlich dem wackeren Ordnungsmanne ein so liebedes Verlangen, daß er durch die Mitteilung dieses Gefühls an die übrigen Ordnungshüter zu ganz besonderen Wahlanstrengungen anreizen zu können glaubt!

Gönnen wir diesem Musterpatrioten seine Illusionen. Die „roten Schnapsbrüder“ werden ihm und seinesgleichen am 16. Juni die richtige Antwort geben!

Friedenau. Am Freitag, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Hohenzollern“, Handjerystraße 64, eine öffentliche Wählerversammlung statt, einberufen vom konservativen Verein mit dem plötzlich wieder „Klotzgewordenen“ früheren Amtsvorsteher Kömberg an der Spitze und vom nationalen Reichs-Wahlverein mit seinem überaus eifrigen, jedoch wenig Erfolg erzielenden Dr. Kleinode. Es wird sich dort den Friedenauer Wählern der vielgepriesene Reichstags-Kandidat Fritz Hammer vorstellen und eine Wahlrede halten. Parteigenossen! Es ist unsere Pflicht, alle Mann pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen, um erstens die Gegner mit ihrem

heuchlerischen Treiben nicht allein zu lassen, und zweitens um auf deren Reden antworten zu können. Gerade hier ist es angebracht, daß niemand fehlt, damit nicht der geringste Zweifel auskommen kann, wenn am 16. Juni die Stimme zu geben ist. Also nochmals, Parteigenossen, seid zahlreich und zeitig zur Stelle.

Mord und Selbstmord. Bewohner des Hauses Karlsplatzstr. 1 in Niddorf machten seit einigen Tagen die Wahrnehmung, daß der im 4. Stockwerk belegene Wohnung des Arbeiter Karl Keumannschen Ehepaares ein penetranter Geruch entströme, und da man das Ehepaar auch schon seit circa 5 Tagen nicht mehr gesehen hatte, benachrichtigte man am Donnerstagmorgen die Polizei. Diese ließ die verschlossene Wohnung durch einen Schloßer öffnen. Den die Wohnung betretenden Beamten bot sich ein schauerhafter Anblick dar. Während der Ehefrau Keumann tot an seinem Bette hing, lag seine Frau mit zerstücktem Schädel in ihrem Bette. Beide Leichen waren bereits stark in Verwesung begriffen. Nach dem Leichenbesunde unterliegt es keinem Zweifel, daß Keumann seine Frau nachts im Schlafe erschlagen und sich dann selbst entleibt hat. Die schauerhafte That muß schon vor 5—6 Tagen ausgeführt worden sein. Keumann war 45, seine Frau 30 Jahre alt. Bis vor wenigen Wochen war Keumann in der Zrennanfakt Herzberge interniert; da sein Zustand sich aber in letzter Zeit wesentlich gebessert hatte, so wurde er auf Antrag seiner Frau aus der Anstalt beurlaubt. Vermutlich hat Keumann einen Mordfall bekommen und die unselbige That in Geistesumnachtung begangen. Nachdem der Thatbestand durch eine Gerichtskommission festgestellt worden, wurden die Leichen des Ehepaares nach dem Niddorfer Schauhaufe gebracht.

Brig. In einem hiesigen Gasthofs erhängte sich ein angeblich aus Stettin stammender Unteroffizier, dessen Persönlichkeit mit Sicherheit noch nicht feststeht. Auch der Beweggrund zu dem Selbstmord ist unbekannt.

Ueber eine Stadtverordneten-Versammlung in sieben Minuten bringt das „Teltover Kreisblatt“ folgenden Bericht aus Teupitz (Kreis Teitow), den wir zur Erbauung unserer Leser ganz wiedergeben: Teupitz, 4. Juni. Zu der auf den 27. v. M. einberufenen Stadtverordneten-Versammlung wurde die Bürgerchaft an demselben Tage erst 20 Minuten vor Beginn der Sitzung eingeladen. Aus diesem Grunde erschien es erklärlich, daß nur drei Herren als Hörer erschienen waren. Diese wurden von dem Herrn Vorsitzenden an der Thüre empfangen und angewiesen, draußen zu warten, bis die Sitzung eröffnet sei. Endlich erschien denn auch der Stadtvergeant, meldete, daß die Sitzung eröffnet sei, und führte die Herren in den Sitzungssaal. Einer der Herren hatte sich einen Stuhl mitgebracht, um sitzen zu können. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung enthielt die 3 Punkte: Wahl einer Urkundsperson, Schulgeld fremder Kinder und Beschaffung einer Wahlurne und Wahlzelle. In der Schulgeldfrage sollen noch Ermittlungen angestellt werden, deshalb wurde sie von der Tagesordnung abgesetzt. Die andren beiden Punkte wurden ohne Debatte in sieben Minuten erledigt und dann wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Hus der frauenbewegung.

Der Kongreß der socialistischen Frauen Belgiens,

der während der Pfingstfeiertage in Brüssel abgehalten wurde, beschäftigte sich u. a. mit der Recherche de la Paternité. Bekanntlich bezieht zur Zeit auch in Belgien noch das schamlose Gesetz, wonach das Suchen nach der Vaterchaft verboten ist. Der Kongreß nahm eine Resolution an, in der es heißt: „Der Kongreß beschließt, eine energische Agitation für die moralische Erziehung der Jugend beiderlei Geschlechts zu entfalten und fordert von den socialistischen Abgeordneten, auf eine schleunige Beratung des Gesetzentwurfes von Vandervelde und Hector Denis über die Recherche de la Paternité in der Kammer hinzuwirken. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde über die Stellung zur bürgerlichen Frauenbewegung beraten. Ein Anschluß an dieselbe wird unter dem Hinweis abgelehnt, daß die bürgerlichen Frauen den Klassenkampf, der nicht zu verwechseln sei mit Klassenhaß, leugnen. Die socialistischen Frauen seien vor allem Socialisten und zwischen den beiden Gruppen besteshe keinerlei Identität.“

Aus einem Bericht über die Frau in der Industrie, der auf dem Kongreß gegeben wurde, geht hervor, daß in der belgischen Industrie 196 300 Arbeiterinnen thätig sind. Davon verdienen 1/10 weniger als 1,50 Fr. pro Tag, 2/10 weniger als 2,00 Fr. und nur 1/10 kommt bis zu 4,50 Fr. pro Tag. Besonders schlimmer Ausbeutung sind die Spigenklopplerinnen unterworfen. Die Delegierten von Alost teilte mit, daß diese von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends arbeiteten und 88 Ctm. bis 1,25 Fr. dabei verdienen. Die Unternehmer aber verdienen gerade an den berühmten „Brüsseler Spigen“ ungeheures Geld; bestimmte Stüde, für deren Herstellung die Arbeiterinnen etwa 13 Fr. erhält, werden für 72 Fr. verkauft. Die Frauenarbeit wird in Belgien noch besonders darum so herabgedrückt, weil in den Klöstern die Frauen in der schändlichsten Art ausgenutzt werden. Die jungen Mädchen, die als Waisenfinder oder sonstige Hülflinge bis zu ihrem achtzehnten oder zwanzigsten Lebensjahre in den Klöstern zubringen, müssen dort Härdenheiten fast nur für eine miserable Klotz herstellen. Die Hand-Spigenklopplerin ist sehr zurückgegangen; während vor 30 Jahren noch etwa 150 000 Arbeiterinnen dabei beschäftigt waren, sind es jetzt deren nur noch etwa 48 000. Es wurde beschlossen, unter den Industrie-Arbeiterinnen eine rege Agitation für Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen zu entfalten.

Vermischtes.

Ein merkwürdiger Blitzschlag. Am 3. Juni 1903. Bei einem schweren Gewitter, von welchem am 2. Juni abends die Ostprignitz heimgesucht wurde, schlug der Blitz in Anrigh zweimal ein. In dem einen Falle traf der elektrische Funke das Wohngebäude des Händlers D. und drang durch den Schornstein in die Küche und das Schlafzimmern. Hier geriet das Bett, in welchem D. lag, in Flammen. Werkwünderigerweise war der Händler von dem Blitzstrahl selbst nicht getroffen worden und er vermochte zu flüchten, ohne daß er bei dem Unfall auch nur die geringste Verletzung erlitten hat.

Der Postkutscher als Defraudant. Einem Telegramm aus Rudapest zufolge ist ein Postkutscher, der einen Postwagen mit Werten im Betrage von 178 000 Kronen führte, mit dem Gelde entflohen. Der Postwagen ist auf offenem Felde bei Rakosfalva gefunden worden. Der hintere Teil des Wagens war erbrochen. Es fehlt eine eiserne Kassetten mit Papieren im Werte von 98 000 Kronen. Eine im Vorderteil des Wagens befindliche eiserne Truhe, in der Bargeld aufbewahrt wurde, zeigt Spuren, daß der Kutscher auch sie erbrochen wollte. Er ist aber anscheinend bei der Arbeit gestört worden.

Stationen	Barometerstand mitt. d. Tag	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. d. Tag u. N.	Stationen	Barometerstand mitt. d. Tag	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. d. Tag u. N.
Swinemünde	766	NO	3	wolkig	13	Saparanda	763	R	4	bedeckt	9
Hamburg	768	R	4	wolkig	14	Petersburg	755	SO	1	bedeckt	17
Berlin	765	RND	3	wolkig	13	Cost	776	RND	1	wolkig	15
Kranfl a. M.	765	R	4	bedeckt	12	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	762	ND	6	bedeckt	11	Paris	767	RND	4	bedeckt	10
Wien	760	R	1	Regen	15	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Juni 1903. Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei lebhaften nordöstlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. Wir haben das Flugblatt schon gewürdigt.